

# Inhaltsverzeichnis

|                       |          |
|-----------------------|----------|
| Semestereröffnung     | Seite 2  |
| Jubiläum              | Seite 4  |
| Neuer Rektor          | Seite 9  |
| Internationales       | Seite 13 |
| Semester              | Seite 18 |
| Kurzmeldungen         | Seite 23 |
| Forschungssymposium   | Seite 28 |
| Aus der Weiterbildung | Seite 29 |
| Messe Moderner Staat  | Seite 36 |
| Führungskolleg        | Seite 38 |
| Personalien           | Seite 41 |

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Ihnen das inzwischen zehnte SpeyerJournal vorstellen zu können. Es belegt anschaulich, dass die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer auch im Wintersemester 2006/2007 ihrem Rang als einem der führenden Ausbildungs- und Forschungszentren für Verwaltungswissenschaften in Deutschland und Europa gerecht geworden ist.

Nicht zuletzt zeigte sich diese Bedeutung der Hochschule anlässlich der Feier ihres 60-jährigen Bestehens. Die hochrangigen Ehrengäste der Feierstunde, darunter der Bundesminister des Innern Dr. Wolfgang Schäuble und der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz Kurt Beck, hoben einhellig die Bedeutung Speyers für eine moderne und effiziente Verwaltung hervor und warfen eindrucksvolle Schlaglichter auf die an der Hochschule in Lehre und Forschung erbrachten Leistungen.

Besonderer Dank gebührt Herrn Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, der in den letzten fünfzehn Jahren als Rektor die Geschicke der Hochschule mit großer Umsicht geleitet hat. In seiner Amtszeit hat er einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Profilbildung unserer Hochschule geleistet. Erfreulicherweise wird er in der Hochschulleitung als Prorektor noch bis 30. September 2007 mitwirken.

Die Hochschule hat im vergangenen Semester erneut durch verschiedene Aktivitäten ihre starke internationale Vernetzung unter Beweis gestellt. Das gemeinsam mit der Universität Paris I (Panthéon-Sorbonne) in Speyer veranstaltete mehrtätige Doktorandenkolloquium zählt hierzu ebenso wie z. B. bilaterale Symposien mit lateinamerikanischen Professoren und Richtern oder Kooperationen mit Hochschulen in Kasachstan.

Einen Ausschnitt aus den vielfältigen Aktivitäten können Sie auf den folgenden Seiten finden. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann  
Rektor der DHV Speyer

## Semestereröffnung mit Landtagspräsident Joachim Mertes

### Vortrag zur Zukunft des Föderalismus in Deutschland

### Verleihung der Hochschulmedaille an Pfarrer Bernhard Linvers

Im Mittelpunkt der feierlichen Eröffnung des Wintersemesters 2006/2007 stand am Abend des 7. November 2006 ein Vortrag des Präsidenten des Landtages Rheinland-Pfalz Joachim Mertes. Zahlreiche Gäste waren der Einladung des Rektors gefolgt, um gemeinsam mit den 400 im Wintersemester eingeschriebenen Hörerinnen und Hörern aus ganz Deutschland und über 20 Staaten weltweit den Ausführungen von Mertes zur Zukunft des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland zu folgen.

Vor dem Hintergrund der am 1. September 2006 in Kraft getretenen Föderalismusreform, die die umfangreichste Änderung des Grundgesetzes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland darstellt, stellte Mertes einige Überlegungen für die Zukunft an und zeigte Entwicklungsperspektiven auf. Besonders betonte er, dass die Reform die Beziehungen zwischen Bund und Ländern in Bezug auf die Gesetzgebung neu regelt.

Die Genese dieser Reform wurde in Speyer genau verfolgt. Fast auf den Tag zwei Jahre zuvor hatte der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz Kurt Beck in einem Abendvortrag von der Arbeit der damaligen Föderalismuskommission berichtet und - aus damaliger Sicht - ebenfalls Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt. Was dann geschah, ist hinlänglich bekannt: Am 17. Dezember 2004 scheiterte die Föderalismuskommission an der Neuordnung der Kompetenzen in der Bildungspolitik, dennoch bildete der zu diesem Zeitpunkt erreichte Verhandlungsstand die Basis der weiteren Entwicklungen. So verständigten sich in den Koalitionsverhandlungen im Herbst 2005 CDU/CSU und SPD darauf, „auf der Grundlage der Vorarbeiten in der Föderalismuskommission“ die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland her-



Engagierter Vortrag von Landtagspräsident Joachim Mertes

beizuführen. Der Koalitionsvertrag der großen Koalition enthielt eine Anlage, die unter fast vollständiger Übernahme von bereits im Rahmen der Föderalismuskommission erarbeiteten Papieren einen detaillierten Vorschlag für die Grundgesetzänderungen beinhaltete.

Landtagspräsident Mertes legte in seinen Ausführungen besonderen Wert auf die Bürger. Er wies darauf hin, sie hätten oft auf die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Bundesländern hin orientierte Bezugssysteme. Hier müsse unbedingt darauf geachtet werden, über Jahrzehnte gewachsene Mentalitäten und Strukturen nicht zu verletzen.

In seinem Dankeswort wies der Rektor auf die seit mehreren Jahren sehr erfolgreich laufende Kooperation zwischen dem rheinland-pfälzischen Landtag, dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften hin, die ihren Ausdruck nicht nur in mehreren gemeinsamen Projekten, sondern auch ihren Niederschlag in verschiedenen Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen finde.



Auditorium bei der Semestereröffnung

Die DHV Speyer nutzte diesen glanzvollen Rahmen darüber hinaus für eine ganz besondere Ehrung. Pfarrer Bernhard Linvers, der sich als katholischer Hochschulseelsorger seit über 13 Jahren herausragende Verdienste

um die Hochschule und ihre Studierenden erworben hat, wurde mit der Hochschulmedaille ausgezeichnet. Der Rektor betonte in seiner Laudatio, dass sich Linvers in manch prekärer Notlage als Rettungsanker erwiesen habe. Stets habe sich Pfarrer Linvers als ein Meister der schnellen Hilfe und der unkomplizierten Improvisation erwiesen, wenn persönliche

Probleme zu Katastrophen zu werden drohten. Immer sei er ein idealer Anlaufpartner in allen Lebenslagen nicht nur für die Hörerinnen und Hörer, sondern auch für die Hochschule selbst im Umgang mit ihren Hörern und Mitarbeitern gewesen. Auch im alltäglichen Hochschulbetrieb habe Linvers durch seine stets verständnisvolle Präsenz viel zum Erfolg der Einrichtung beigetragen, indem er den Studierenden, ganz nach dem Motto Kirche lebt mit den Menschen, so etwas wie ein Stück Heimat

bieten konnte. Der Senat der DHV Speyer hat daher am 24. Juli 2006 einstimmig beschlossen, Pfarrer Bernhard Linvers in Würdigung der Verdienste, die er sich durch seine langjährige Tätigkeit als

Hochschulseelsorger um die DHV Speyer erworben hat, mit der Hochschulmedaille auszuzeichnen.

Ebenfalls überreichte der Rektor an diesem Abend die Promotionsurkunden an Gerrit Binz, Dagmar Scherer-Vankova aus Tschechien, Andrea Nesseldreher und Khac Anh Dang aus Vietnam, die ihr Promotionsstudium in den vorangegangenen Monaten erfolgreich beendet hatten.

Im Anschluss an die Semesteröffnungsveranstaltung fand der traditionelle Empfang der Hochschule statt. Hier bestand mit reichlich Brezeln und gutem Wein noch Gelegenheit für einen intensiven Gedankenaustausch und gemütliches Beisammensein bis in die späten Abendstunden, wobei insbesondere die neuen Hörerinnen und Hörer viel über die Hochschule erfahren und viele Dozentinnen und Dozenten kennenlernen konnten.



Wohlverdiente Auszeichnung: Überreichung der Hochschulmedaille durch den Rektor an Pfarrer Bernhard Linvers



Rektor Fisch mit den frischgebackenen Doctores rerum publicarum Gerrit Binz, Dagmar Scherer-Vankova, Andrea Nesseldreher und Khac Anh Dang (v. l.)

Fotos: DHV

## 60 Jahre Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Geburtstagsfeier mit Festvortrag von Innenminister Schäuble



Festvortrag von Bundesminister des Innern Dr. Wolfgang Schäuble  
Fotos: DHV-Archiv

Am 11. Januar 1947 erließ der französische Generalverwalter Emile Laffon den Arrêté Nr. 194 für die französische Besatzungszone und legte damit den Grundstein für die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Auf den Tag genau 60 Jahre später, am 11. Januar 2007, feierte die Hochschule nicht nur ihr Jubiläum, sondern warf auch einen Blick auf die aktuellen Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland und auf die eigene Zukunft.

Zahlreiche Gäste waren der Einladung des Rektors zu der Jubiläumsveranstaltung in die bis auf den letzten Platz vollbesetzte Stadthalle gefolgt. Vor dem Hintergrund des großen Interesses wurde die Veranstaltung auch noch live ins Foyer der Stadthalle und in das Auditorium maximum der Hochschule übertragen, so dass insgesamt weit mehr als 600 Zuschauerinnen und Zuschauer die Veranstaltung verfolgen konnten.

Ehrgast der Veranstaltung war der Bundesminister des Innern Dr. Wolfgang Schäuble. In seinem Vortrag beleuchtete Schäuble die aktuellen Herausforderungen, denen sich die Bundesrepublik Deutschland stellen muss. Er ging dabei weit über rein administrative Problemstellungen hinaus und äußerte sich auch zu Problemen der Krankenkassenfinanzierung, des Staatshaushalts und der Reformnotwendigkeit in verschiedensten Bereichen.

Weitere Glückwünsche überbrachten der Botschafter der Republik Frankreich Claude Martin, der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz Kurt Beck sowie der Speyerer Oberbürgermeister Werner Schineller. Jeder von ihnen betonte die besondere Bedeutung, die die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften in den vergangenen sechs Jahrzehnten für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland eingenommen hat und ihre strategische Schlüsselstellung für die Weiterentwick-



Begrüßung durch Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Rektor der DHV Speyer

lung und Pflege der Verwaltungswissenschaften in Deutschland und Europa. Neben zahlreichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten und vielen weiteren hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Gerichtsbarkeit und Verwaltung konnte der Rektor auch den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Papier, den Präsidenten der Konrad Adenauer Stiftung Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Vogel, den Präsidenten des Landtages Rheinland-Pfalz Joachim Mertes, sowie die Präsidenten bzw. Rektoren oder Vertreter der Universitäten und Hochschulen aus Mainz, Trier, Kaiserslautern, Brühl, Koblenz sowie der Ecole Nationale d'Administration begrüßen.

Das jazzig-beschwingte Geburtstagsständchen für die Hochschule kam von den drei jungen Musikern des Mainzer Trios ISPOLAIA, die der Veranstaltung den musikalischen Rahmen gaben.

An die Veranstaltung schloss sich ein Empfang an, auf dem sich eine einzigartige Gelegenheit bot, sich

in direktem Gespräch mit hochrangigen Funktionsträgern über die aktuellen Herausforderungen für die Verwaltung auszutauschen.

Am Ende der Festveranstaltung waren sich Besucher und Organisatoren in ihrem Urteil einig: Ein absolut gelungener Nachmittag, der nur Dank der tatkräftigen Unterstützung von Freunden und Gönnern der Hochschule in dieser Form möglich war. Darum dankte der Rektor ausdrücklich der Stadt Speyer, dem Verein der Freunde und Förderer der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Herrn Professor Dr. Jürgen Strube, der BASF AG, der Mainzer Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank, den Stadtwerken Speyer, der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, der Volksbank Speyer-Neustadt-Hockenheim, der Kreis- und Stadtsparkasse Speyer, dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, der Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V., dem Verband der Pfälzischen Metall- und Elektroindustrie e. V.,

den Pfalzflugzeugwerken Aerospace AG, der Buchhandlung Oelbermann, den Kies- und Sandwerken Vogler GmbH, der Industrie- und Handelskammer Pfalz, dem Dow Olefinverbund GmbH, dem Hotel Goldener Engel, der Neubeck GmbH, der SAINT-GOBAIN ISOVER G+H AG, der Messe Berlin Reed GmbH und der Johann Joachim Becher-Gesellschaft für ihre tatkräftige und sehr freundliche Unterstützung bei der Ausgestaltung des Jubiläums der DHV Speyer.



Glückwünsche von Ministerpräsident Kurt Beck ...



... vom Speyerer Oberbürgermeister Werner Schineller ...



... und vom französischen Botschafter Claude Martin



Schlussworte vom Prorektor, Univ.-Prof. Dr. Sommermann



Festlich geschmückte Stadthalle beim 60-jährigen Hochschuljubiläum



Geburtstagsständchen vom Jazz-Trio ISPOLAIA aus Mainz

## 60 Jahre Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer - Ein Beitrag von Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch -

Eine der unbekanntesten Hochschulen der Republik, mal als Fachhochschule, mal als Kochschule bezeichnet - das ist die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer am Rhein. Und doch ist sie einzigartig im deutschen Universitätssystem: sie ist die einzige deutsche Hochschule, an der man nur dann (weiter)studieren darf, wenn man bereits ein Universitätsstudium erfolgreich ab-



Zu Beginn erfolgte die verwaltungswissenschaftliche Ausbildung noch Mitten in der Speyerer Innenstadt ...

geschlossen hat. Dass sie noch nicht „Universität Speyer“ heißt, hat mit ihrer jetzt 60 Jahre alten Tradition zu tun.

Am 11. Januar 1947 unterzeichnete in Baden-Baden der zweite Mann der französischen Besatzungszone in Deutschland, der Generalverwalter Emile Laffon, den Arrêté Nr. 194. In durchaus zentralistischer Tradition errichtete er in der Mitte seiner Zone, die von Rolandseck südlich von Bonn bis zum bayerischen Lindau reichte, eine Ecole Supérieure d'Administration. In der amtlichen Übersetzung hieß sie ziemlich anders, Höhere Verwaltungsakademie. Damit war bereits in der Geburtsstunde der entstehenden Hochschule der Spagat zwischen französischer und deutscher Idee der Universität deutlich. Wie ihre - nur wenige Monate - ältere französische ‚Schwester‘, die Ecole Nationale d'Administration, sollte sie eine streng anwendungsorientierte, praxisnahe Spezialhochschule für höhere Verwaltungsbeamte werden. Andererseits sollte sie im Kern ihrer Lehre eine postuniversitär und multidisziplinär verstandene „culture générale“ pflegen, und zwar gerade nicht durch Berufung von Praktikern, sondern von Universitätsprofessoren. Die Lehre sollte somit von Anfang an eng verbunden

sein mit aktueller Forschung. Und bei dem Speyerer Fächerzuschnitt würden die Angehörigen einer kommenden neuen deutschen Verwaltung aus demokratischem Geiste lernen, so die französische Hoffnung, nicht nur in Rechtsnormen, sondern auch in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und historischen Zusammenhängen zu denken.

Diese neue vielseitige Sonderausbildung für die Verwaltung widersprach jedoch zutiefst einer damals legalistisch und damit juristisch geprägten deutschen Verwaltungstradition, noch dazu, weil die Besatzungsmacht vorschrieb, dass Speyer ein Monopol bei der Eröffnung des Wegs in den öffentlichen Dienst haben sollte. Die französische Verwaltung sah deutlich die Unmöglichkeit, zwei Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in traditioneller Weise junge Rechtsreferendare bei unbelasteten erfahrenen Beamten ausbilden zu können.

Die unterschwellige Auseinandersetzung zwischen einem juristischen, aber nicht verwaltungsspezifischen Referendariat und einer berufsnahen Spezialausbildung à la française bestimmte auch das weitere Schicksal der Speyerer Ecole/Akademie. Aus der Natur der Sache mussten ihre Gegner aus dem Lager der Landesuniversitäten Freiburg, Tübingen und Mainz kommen, besonders aus deren Juristischen Fakultäten.

Speyer war von Anfang an Chefsache im jungen Lande Rheinland-Pfalz. Geradezu selbstverständlich beanspruchten Ministerpräsident Altmeier und seine Staatskanzlei, für diese länderübergreifende Institution zuständig zu sein, zumal das Land faktisch die Akademie seit 1947 alleine finanziert hatte. Nach dem Ende der Besatzungszeit betrieben sie eine be-



... in den Gebäuden eines ehemaligen Lehrerseminars, in denen heute das Speyerer Finanzamt untergebracht ist  
Fotos: DHV Archiv

## ARRÊTÉ No 194

### de l'Administrateur Général portant création d'une Ecole Supérieure d'Administration

L'Administrateur Général, Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation,

Vu le décret du 15 Juin 1945 portant création d'un Commandement en Chef Français en Allemagne, modifié par celui du 18 Octobre 1945,

Sur la proposition du Directeur Général des Affaires Administratives,

Le Comité Juridique entendu,

#### ARRÊTÉ:

ART. 1er. – Il est créé une Ecole Supérieure d'Administration destiné à former les cadres supérieurs de l'Administration des différents pays de la Zone Française d'Occupation.

Cette Ecole, dont le siège est fixé à SPIRE, est dotée de la personnalité morale et de l'autonomie financière.

ART. 2. – L'Ecole à sa tête un Directeur assisté d'un Conseil d'Administration.

Le Directeur est nommé par le Conseil d'Administration.

Le Conseil d'Administration comprend:

- Le directeur de l'Ecole, Président,
- Un haut fonctionnaire, représentant du Gouvernement de chaque Land,
- Les recteurs des universités de la Zone Française d'Occupation,
- Le Directeur Administratif chargé de l'internat et de la Comptabilité.
- Deux représentants du corps enseignant élus pour deux ans par leurs collègues au scrutin secret et à la majorité absolue.

ART. 3. – Le Directeur est le représentant légal de l'Ecole. Il est responsable de la bonne marche des études, de la discipline intérieure et de la gestion financière. Il ne peut accepter de libéralités que sur avis conforme du conseil d'administration.

Le conseil d'administration surveille la marche de l'école, la gestion de son patrimoine et de ses intérêts notamment, il approuve le budget préparé par le Directeur de l'école; il décide de la création d'enseignement nouveau.

ART. 4. – Les décisions du directeur et du conseil d'administration ne seront exécutoires qu'après agrément du Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation.

ART. 5. – Les charges financières résultant de l'installation et du fonctionnement de l'école supérieure d'administration seront réparties entre les budgets des différents pays (*Länder*) de la Zone Française d'Occupation proportionnellement à la population de chacun d'eux.

ART. 6. – Les comptes de l'Ecole seront soumis en fin d'année à l'approbation d'une Commission de contrôle composée des Présidents des Cours des Comptes des différents pays (*Länder*) de la Zone Française d'Occupation.

ART. 7. – Les règles de fonctionnement de l'Ecole d'Administration seront fixées par les statuts annexés au présent arrêté.

ART. 8. – Le Directeur Général des Affaires Administratives est chargé de l'exécution du présent arrêté qui sera publié au Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne.

BADEN-BADEN, le 11 Janvier 1947

L'Administrateur Général  
E. LAFFON

hutsame Neuausrichtung von Speyer, indem sie die „Hochschule für Verwaltungswissenschaften“ 1950 in die Ausbildung der Rechtsreferendare einbauten, ohne dabei den von der französischen Besatzungsmacht geformten multidisziplinären Charakter anzutasten. Ein noch größerer Erfolg des jungen (und armen) Landes war es, andere Länder der Bundesrepublik für eine gemeinsame Trägerschaft der Hochschule zu gewinnen, als erstes Bayern mit seiner sehr selbständigen und selbstbewussten Tradition der Ausbildung höherer Beamter. Sehr bald folgten die meisten Länder, das Saarland sogar schon vor seiner offiziellen Rückkehr zu Deutschland. Berlin trat 1961 als letztes Land dem Verwaltungsabkommen bei, nachdem schon 1953 die ersten Rechtsreferendare in Privatinitiative nach Speyer gekommen waren.

Die Vielfalt der Verwaltungswissenschaften als Forschungsfeld gab der Speyerer Hochschule neuen Aufwind, als schon in den frühen 50er Jahren die Rückkehr der jungen Bundesrepublik Deutschland in die internationale Gemeinschaft einsetzte. Das Bundesinnenministerium betrieb die Beteiligung Deutschlands an der internationalen Verwaltungszusammenarbeit und stellte dabei fest, dass es in vergleichbaren Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Belgien, aber auch Italien und Spanien zentrale verwaltungswissenschaftliche Forschungseinrichtungen gab, nicht aber in Deutschland. In den Diskussionen über den Ort eines solchen deutschen Forschungsinstituts für internationale Verwaltung nahm Speyer von Anfang an einen herausragenden Platz ein. Der sich schnell festigende Ruf der Forschung wurde auch durch die frühe Verleihung des Habilitationsrechts bestätigt. Schließlich wurde 1961 das heute von der Hochschule getrennte „Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung“ als Bund-Länder-Institut eingerichtet.

Die Rechtsreferendare hoben in ihren Semesterberichten noch anderes hervor, etwa im Jahre 1955 schon den länderübergreifenden Charakter von Speyer: „Sehr zu schätzen ist die Tatsache, dass Speyer ein Forum der bundesdeutschen Referendare ist.“ Bis heute ist Speyer die einzige deutsche Universität geblieben, in der nicht nur west- und ostdeutsche Hörer etwa entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten sind, sondern auch Schleswig-Holsteiner, Saarländer und Bayern. Und so konnte schon damals in Speyer „so manche falsche Vorstellung über wirtschaftliche und politische Strukturen eines anderen Landes korrigiert werden“. Der Prozess der europäischen Einigung wurde sehr bald aufgegriffen, frühe Exkursionen



Ein Blick in die ersten Räume der Hochschule: schon damals wurde Wert auf eine kommunikationsorientierte Ausstattung gelegt

zur Montanunion im nahen Luxemburg oder zum Europarat in Straßburg zeigen das ebenso wie der Aufbau der bis heute bestehenden Partnerschaft mit der ENA in Paris durch den Soziologen Arnold Gehlen.

So wuchsen die Hörerzahlen stetig, und ein Neubau am Stadtrand wurde nötig, der im September 1960 eingeweiht werden konnte. Dieses Speyerer Werk von Sep Ruf zeigt ähnlich wie sein Kanzlerbungalow in Bonn Flachdächer und atriumartige Innenhöfe, eine sparsame Formensprache und ausgewogene Proportionen und nicht zuletzt strenge Schwarz-Weiß-Kontraste. Die Hochschule Speyer hat damals ein Haus gewonnen, das ganz klar in der deutschen Moderne der Weimarer Republik, in der Tradition von Bauhaus und Neuer Sachlichkeit verankert ist. In einer Architekturzeitschrift hieß es zum Speyerer Bau deshalb: „Die wohl gegliederte, sich zur Umwelt und zur Natur öffnende Anlage schafft eine Stimmung der Aufgeschlossenheit und Kontaktbereitschaft, die stets eine Voraussetzung für staatliche Führungsaufgaben sein sollte.“ Und in der Sache war und ist die Speyerer Lehre, wie einer der über 25.000 Absolventen reflektierte, durch ihre Vielfalt „geeignet, manchem Kollegen, der ausschließlich vom Imperativ der Paragraphen und des positiven Rechts aus denkt, zu zeigen, dass die Wirklichkeit viel komplexer ist, als sie sich in der Wertung und Darstellung durch die Rechtsordnung zeigt.“

*Der Autor, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, ist Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte an der DHV Speyer*

## Wechsel in der Hochschulleitung

### Univ.-Professor Dr. Sommermann neuer Rektor der DHV Speyer



Der neue Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. K.-P. Sommermann

Seit dem 1. April 2007 hat die DHV Speyer eine neue Leitungsspitze. Am 11. Dezember 2006 wählte der Senat der Hochschule den bisherigen Prorektor, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, zum Rektor für die verbleibende Amtsperiode vom 1. April 2007 bis zum 30. September 2009. Zuvor hatte Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch mit Blick auf seine bevorstehende Emeritierung

den Weg für eine Neuwahl durch seinen für den 31. März 2007 ausgesprochenen Rücktritt vom Amt des Rektors freigemacht. Am 22. Januar 2007 fand dann noch die Wahl für das Amt des Prorektors statt. Diese fiel auf Univ.-Professor Dr. R. Fisch, der dieses Amt bis zu seiner Emeritierung ausüben wird.

Der neue Rektor Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann ist seit 1998 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtsvergleichung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaft und Geschichte an den Universitäten Bonn und Genf absolvierte Sommermann einen einjährigen Forschungsaufenthalt in Madrid, bevor er 1984 an der Universität Bonn promovierte.

Sein weiterer Karriereweg führte ihn zunächst an das Institut für Völkerrecht der Universität Bonn, bevor er 1989 geschäftsleitender Institutsreferent des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule Speyer wurde. Seine Ernennung zum Regierungsdirektor erfolgte dort 1993. Sommermann habilitierte 1996 an der Humboldt-Universität zu Berlin und erhielt die Lehrbefugnis für die Fächer Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht sowie Verfassungsgeschichte. Nach Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Kiel, Regensburg und Halle-Wittenberg, wo er einen Ruf auf einen Lehrstuhl für öffentliches Recht erhielt, erreichte ihn der Ruf nach Speyer. Hier übte er seitdem mit großem Erfolg zahlreiche Leitungsfunktionen wie zum Beispiel die des Direktors und des stellvertretenden Direktors des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Ver-

waltung, die des Prorektors der DHV Speyer und die des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden des Zentrums für Wissenschaftsmanagement e. V. aus. Vortragsreisen führten ihn in zahlreiche europäische, lateinamerikanische und asiatische Länder. Gastprofessuren nahm er an der Université Panthéon-Sorbonne (Paris I) sowie an der Universidad Andina Simón Bolívar (La Paz/Sucre) wahr.

Sommermanns Forschungsschwerpunkte liegen u. a. in den Bereichen der Europäisierung des Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsvergleichung, der Staatlichkeit und Globalisierung, des internationalen Menschenrechtsschutzes und der Entwicklungszusammenarbeit.

Als Hauptaufgabe seines Rektorats sieht Sommermann die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der Hochschule durch ihre Weiterentwicklung als wissenschaftliche Plattform intraföderalen Austauschs mit neuen Akzenten und durch eine Profilierung der Hochschule in dem sich durch die zunehmende Europäisierung und Internationalisierung ergebenden Aufgabenfeld. Insbesondere im Bereich der verwaltungswissenschaftlichen Forschung möchte Sommermann in seiner Amtszeit weithin sichtbare Akzente setzen.

Die feierliche Übergabe des Rektorats wird zwar erst im Mai 2007 im Rahmen einer Abendveranstaltung mit Festvortrag von Univ.-Professor Dr. Sommermann erfolgen, jedoch hat der neue Rektor bereits am 1. April 2007 alle Pflichten seines neuen Amtes übernommen.



Alte und neue Führungsspitze: Univ.-Professor Dr. Sommermann und Univ.-Prof. Dr. Fisch (r.), hier bei der Übergabe einer Urkunde an Univ.-Prof. Dr. Sommermann Fotos: DHV

## Interföderale Begegnungsplattform mit europäischem Akzent

Der neue Rektor Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann  
zur Zukunft der DHV Speyer

Für das SpeyerJournal Nr. 10 äußerte sich Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann, seit dem 1. April 2007 neuer Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Hochschule vor dem Hintergrund der sich rasch wandelnden Herausforderungen an die Verwaltung. Als Hauptziele macht Sommermann die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der Hochschule durch ihre Weiterentwicklung als wissenschaftliche Plattform intraföderalen Gedankenaustauschs und durch ihre Profilierung durch Internationalisierung aus.

Das 60-jährige Jubiläum der DHV Speyer, das wir am 11. Januar 2007 festlich gefeiert haben, bietet Anlass, sich einerseits über die Geschichte, die Herkunft und die Leistungen der Hochschule zu vergewissern, andererseits einen Blick in die Zukunft zu werfen. Mit ihrer 60jährigen Existenz weist die DHV Speyer - formuliert in Anlehnung an Max Weber - so etwas wie traditionale Legitimität auf. Es besteht also eine Vermutung, dass sie für die Gesellschaft wichtige Aufgaben wahrnimmt, doch leben Institutionen in der heutigen gesellschaftlichen und politischen Umwelt in allererster Linie aus ihrer rationalen Legitimität, die immer wieder neu hergestellt, nachgewiesen und sichtbar gemacht werden muss.

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer bildet ausweislich ihrer Rechtsgrundlagen ein Zentrum der Verwaltungswissenschaften in gesamtstaatlicher Perspektive. Die Verwaltungswissenschaften und die aus ihnen hervorgehende integrative Verwaltungswissenschaft verstehen ihren Gegenstand „Verwaltung“ in einem weiten Sinne; die Verwandtschaft zu den klassischen Staatswissenschaften liegt auf der Hand. Erfasst werden Inhalte, Strukturen und Verfahren gemeinwohlverpflichteter Aufgabenerledigung von der kommunalen bis zur internationalen Ebene. Neue Binnendifferenzierungen der staatlichen Verwaltung werden ebenso in den Blick genommen wie die Herausbildung neuer Entscheidungs- und Verwaltungsebenen jenseits der staatlichen Sphäre. Die Verfassung als Rahmenordnung ist ebenso Untersuchungsgegenstand wie das Verhältnis von Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit zur Exekutive.

In den kommenden Jahren wird dabei die Analyse von Transnationalisierungs- und Internationalisierungsphänomenen der öffentlichen Verwaltung an Bedeutung weiter zunehmen. Namentlich im Rahmen der Europäischen Union entwickelt das Zusammenwirken, man kann auch sagen die Verflechtung, zwischen den supranationalen Institutionen und den nationalen Verwaltungen sowie letzterer untereinander, neue Formen und Verfahren. Es ist bereits heute bei Produktzulassungen Alltag, dass eine nationale Verwaltungsbehörde mit unionsweiter Wirkung entscheidet; bei sensiblen Produkten hat man dabei zu Verfahren gefunden, an denen die zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten beteiligt sind, wenn auch jeweils durch Vermittlung der Europäischen Kommission. Darüber hinaus wirken nationale und europäische Experten in immer mehr Fachgremien unmittelbar zusammen. Neben der sogenannten Komitologie hat insbesondere die Gründung einer Vielzahl neuer europäischer Fachagenturen, die teilweise mit Entscheidungsfunktionen ausgestattet sind, eine europäisch-nationale Mischverwaltung entstehen lassen. In der Wissenschaft werden die neuen Phänomene unter dem Stichwort des „Europäischen Verwaltungsverbunds“ analysiert. Es handelt sich dabei um einen wichtigen Aspekt des Forschungsthemas „Europäischer Verwaltungsraum“, unter dessen Ägide beispielsweise auch die Annäherung der nationalen Verwaltungssysteme untersucht wird.

Europäisierung und Globalisierung führen jedoch nicht nur zu tiefgreifenden Veränderungen der Verwaltungsstrukturen, sondern sie stellen die nationalen Verwaltungen in einen Wettbewerb. Welche Verwaltung ist am leistungsfähigsten und kann die wirtschaftliche Entwicklung des Gemeinwesens, aber auch die Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger überhaupt am besten fördern? Kann man sich bei der Entwicklung von Reformstrategien Modernisierungskonzepte und -erfahrungen anderer Länder zu Nutze machen? In immer größerem Maße messen sich die Staaten miteinander, gleich ob es um das öffentliche Management, die Rechtsetzung oder die Finanz- und Haushaltsführung geht. Der Übertragbarkeit erfolgreicher Reformkonzepte können freilich die jeweiligen verwaltungskulturellen Kontexte entgegenstehen. Verwaltungswissenschaftler dürfen in diesem Sinne nicht nur „Trend-

scouts“ sein, sondern müssen diese Trends einordnen und bewerten und vor allem wohl begründete eigene Reformkonzepte entwickeln. Dies entspricht dem Selbstverständnis der Speyerer Forschung, wobei die strategische Verbindung mit dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, in dem ausgezeichnete Rahmenbedingungen für innovative Forschung bestehen, sich als Glücksfall erwiesen hat. Das Forschungsinstitut wird als selbständige Einrichtung in diesem Jahr übrigens 30 Jahre, also genau halb so alt wie die Hochschule.



Der neue Rektor äußert sich zu den Zukunftsperspektiven der DHV Speyer  
Foto: DHV

### Wo wird die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in zehn Jahren stehen?

Die Hochschule wird, wenn ihre Träger, d. h. die Länder und der Bund, die Bedeutung ihres Auftrags weiterhin anerkennen und die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen, gewiss in vielerlei Hinsicht eine besondere Rolle spielen.

Die Hochschule wird erstens eine wissenschaftliche Plattform intraföderalen Austauschs bleiben, wenn auch mit neuen Akzenten. Daran werden die angesprochenen Europäisierungs- und Globalisierungstendenzen nichts ändern. Im Gegenteil: Wir beobachten seit einiger Zeit Regionalisierungs- und Dezentralisierungstendenzen in bislang unitarischen bzw. zentralistischen Staaten, die darauf hindeuten, dass die Hochkonzentration von Aufgaben auf die überstaatliche Ebene nur Akzeptanz findet, wenn zugleich die Bürgernähe gestärkt wird. Sozialwissenschaftler haben dieses Phänomen mit dem Begriff der Glokalisierung umschrieben. Die Devolution in England Ende der 90er Jahre ist dafür ebenso ein Beispiel wie der zweite große Dezentralisierungsschub in Frankreich auf der Grundlage der Reformgesetze der Jahre 2003 und 2004. Nicht zuletzt die

Städte und Gemeinden sehen ihre Position heute durch starke Kommunalisierungsbestrebungen in Europa – die beispielsweise auch im Europäischen Verfassungsvertrag Niederschlag gefunden haben – gestärkt. In diesem Sinne werden die intraföderalen Aufgaben der Speyerer Hochschule eher an Bedeutung gewinnen. Die Zusammenführung von Hörern im Ergänzungs- und Aufbaustudium und von Mitgliedern des öffentlichen

Dienstes aller Länder in den Weiterbildungsprogrammen wird weiter ihr Reizklima entfalten, in dem sich ein produktiver Austausch, aber auch hilfreiche Fachbruderschaften zwischen den Verwaltungen entwickeln können. Dies geschieht auf der Grundlage eines wechselseitigen Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Praxis, für den unsere Hochschule einzigartige Rahmenbedingungen bietet. Einrichtungen wie die am Forschungsinstitut angesiedelte Wissenschaftliche Dokumentations- und Transferstelle ermöglichen zugleich ein Lernen der Länder aus den Reform Erfahrungen der anderen.

Die Hochschule wird zweitens in immer größeren Maße Aufgaben wahrnehmen, die mit der skizzierten Europäisierung und Internationalisierung verbunden sind. Die Veränderungen werden nicht nur die Lehrinhalte, sondern auch die Organisation der Studien- und Weiterbildungsprogramme betreffen. Die bereits bestehenden Einbindungen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in europäische Masterprogramme sowie bilaterale Doktorandenkolloquien – hier ist insbesondere die Zusammenarbeit mit der Universität Paris 1 (Panthéon-Sorbonne) zu erwähnen – werden weiter ausgebaut werden, wobei zur Qualitätssicherung eine sehr sorgfältige Auswahl der Kooperationspart-

ner erfolgen muss. Der Perspektivenerweiterung und der Förderung des internationalen Austauschs dienen bereits heute die Zusammenarbeit mit ausländischen Wissenschaftlern und Praktikern in der Aus- und Weiterbildung sowie Veranstaltungen, in denen Hörer oder Weiterbildungsteilnehmer mit Kollegen anderer Staaten diskutieren. Besonders erfreulich ist, dass gemeinsame Seminare zwischen der ENA und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer seit längerer Zeit jährlich stattfinden und damit die Gemeinsamkeiten in der Entstehung beider Einrichtungen sich in einem lebendigen Austausch fortsetzen. Mit dem Umzug der ENA nach Straßburg und der Erweiterung ihrer Aus- und Weiterbildungsprogramme besteht für eine Intensivierung der Zusammenarbeit eine ausgezeichnete Grundlage.

Neben den neuen Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung werden im Zuge von Europäisierung und Internationalisierung die Wünsche und Ansprüche, die die ausländischen Forschungseinrichtungen an die Hochschule herantragen, weiter wachsen. Hochschule und Forschungsinstitut besitzen seit jeher eine deutliche internationale Ausrichtung, was nicht zuletzt mit ihrer Entstehung zusammenhängt. Professoren der Hochschule und Mitglieder des Forschungsinstituts haben sich nicht nur intensiv an Modernisierungsvorhaben in europäischen nationalen Verwaltungen beteiligt, in den zurückliegenden 20 Jahren häufig in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten, sondern auch und nicht nur punktuell Reformvorhaben in anderen Erdteilen, insbesondere in Ostasien und in Südamerika, begleitet. Dabei zeigt sich immer wieder die Attraktivität der Erkenntnisse und Erfahrungen des deutschen Rechts- und Verwaltungssystems, auch wenn andere Modelle mit höherem Ressourcenaufwand angeboten werden: Der Erfolg liegt vielleicht gerade darin, dass wir gelernt haben, nicht in naiver Beglückungsabsicht ein einfaches Kopieren von Institutionen zu begünstigen, sondern im interkulturellen Dialog nach Lösungen für Sachfragen zu suchen, gestützt auf unser Wissen über die Verwaltung.

Unabhängig von dem wachsenden Beratungsbedarf in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sind Hochschule und Forschungsinstitut Anziehungspunkt für die Verwaltungsforschung anderer europäischer und außereuropäischer Staaten. Die Speyerer Wissenschaftler sind mit ausländischen wissenschaftlichen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowohl individuell als auch auf institutioneller Basis vernetzt. Da viele Länder sowohl für Aus- und Weiterbildung des öffent-

lichen Dienstes als auch für die Verwaltungsforschung zentrale Einrichtungen unterhalten, sind die Speyerer Institutionen in der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, die immer auch eine Beteiligung Deutschlands sucht, stark gefragt. Die Ressourcen von Hochschule und Forschungsinstitut setzen hier freilich bei aller Kooperationsbereitschaft Grenzen. Fest steht jedenfalls, dass die Bundesrepublik Deutschland, um international anschlussfähig zu bleiben, eines Kräfte von Bund und Ländern bündelnden Zentrums für Verwaltungswissenschaften bedarf. Zu Recht wurde festgestellt: Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften müsste geschaffen werden, wenn es sie nicht gäbe.

Diese Skizze der Zukunftsperspektiven der Hochschule belegt ihre bleibende Bedeutung als intraföderale Plattform. Künftig wird die Hochschule noch stärker die Rolle eines international ausgerichteten Zentrums einnehmen müssen. Darauf präzise abgestimmt müssen sein die Lehr- und Forschungsinhalte, aber auch die Perspektiven für die Weiterentwicklung so wichtiger Elemente wie des Führungskollegs oder der strategischen Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement. Es werden also auf die DHV Speyer im kommenden Jahrzehnt große Aufgaben zukommen, für die alle Kräfte mobilisiert werden müssen. Hierfür von entscheidender Bedeutung ist eine glückliche Hand bei der Neubesetzung und teilweisen Neuausrichtung der Lehrstühle: In einem Zeitraum von sechs Jahren werden zwei Drittel der Professoren ausgetauscht. Zum Glück bleiben jedoch viele der ausgeschiedenen Kollegen der Hochschule forschend und teilweise lehrend verbunden.

Nicht zuletzt braucht die Hochschule für ihren Erfolg die Unterstützung von all denjenigen, die sie als Träger und Freunde kritisch, ermunternd und fördernd begleiten.

## Besuche an der DHV Speyer



← Im Rahmen eines internationalen EU-Projekts zur Entwicklung eines neuen Masterstudiengangs in Public Administration waren am 9. November 2006 zwei Professoren der Universität Tjumen zu Besuch an der DHV Speyer. Irina Pluzhnik, Professorin am Institut für Staat und Recht und stellvertretende Leiterin der internationalen Beziehungen der Universität Tjumen, und Valerij Falkov, Lehrstuhl für Verfassungs- und Kommunalrecht der Universität Tjumen, sprachen mit dem Prorektor der Hochschule, Prof. Sommermann, über Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung. Anschließend gab Dr. Stefan Lange eine Einführung in den speziellen Bereich der Evaluation in Forschung und Lehre.

Gleich drei ganze Monate dauerte der Aufenthalt von Deng Dje vom Büro des Präsidenten des Shanghai Administration Institute (SAI) an der DHV Speyer. Im Rahmen der Kooperation zwischen beiden Einrichtungen war sie nach Speyer entsandt worden, um hier die Lehr- und Weiterbildungsorganisation der DHV Speyer auf administrativer Ebene kennen zu lernen und das Terrain für weitergehende Kooperationsprojekte auszuloten. Deng Dje wurde in Speyer von Christine Müller und Dr. Strohm betreut und führte während ihres Aufenthaltes zahlreiche Gespräche mit Professoren der Hochschule, um mehr über deren Forschungs- und Interessenschwerpunkte zu erfahren. →



← Am 4. und 5. Dezember 2006 besuchten Frau Doubránová, Frau Holubová und Herr Menšik vom tschechischen Innenministerium die Hochschule. Die Abteilung für Bildung und Information in der öffentlichen Verwaltung des Ministeriums ist zurzeit mit dem Ausbau des Weiterbildungsangebots beschäftigt und wird zukünftig auch für die Ausbildung von Beamten aus den tschechischen Staatsministerien zuständig sein. In diesem Rahmen suchte die Delegation neue Impulse an der DHV Speyer. Einen Ansprechpartner fand die Delegation, die sich bereits im Vorfeld des Besuchs mit Univ.-Professor Dr. H. Hill in Verbindung gesetzt hatte, u. a. auch in Univ.-Prof. Dr. R. Fisch.



## Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsschutz der Bürger

### Bilaterales Symposium mit der Universidad del Rosario (Bogotá)

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann fand in Speyer am 16. und 17. Oktober 2006 das Symposium „Demokratie, Rechtsstaat und Rechtsschutz der Bürger“ statt. Die in spanischer Sprache durchgeführte Veranstaltung diente dem Ziel, den Status der Bürger im Verhältnis zur öffentlichen Gewalt aus unterschiedlichen Themenperspektiven zu beleuchten und im rechtsvergleichenden Dialog der beteiligten deutschen und kolumbianischen Rechtswissenschaftler gemeinsame Forschungsinteressen herauszuarbeiten.

Zunächst gab die ehemalige Präsidentin des Kolumbianischen Staatsrats, Prof. Dr. Consuelo Sarria Olcos von der Universidad Externado de Colombia in Bogotá, einen profunden Überblick über den Rechtsschutz des Bürgers durch die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Kolumbien. Mit dem Recht auf effektiven Rechtsschutz aus deutscher verfassungsrechtlicher Perspektive befasste sich das nachfolgende Referat von Prof. Dr. Martin Ibler, Universität Konstanz. Von kolumbianischer Seite trug weiter Prof.

Rocio Mercedes Araújo Oñate, eine ehemalige Teilnehmerin des Magisterstudiengangs in Speyer, vor. Ihr Referat behandelte die Entwicklungslinien der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Kolumbien aus historischer Sicht, während der nachfolgende Vortrag von Prof. Dr. Manuel Fernando Quinche Ramírez, ebenfalls von der Universidad del Rosario in Bogotá, das interamerikanische System des Menschenrechtsschutzes in den Blick nahm.

Die überaus lebhaften rechtsvergleichenden Diskussionen, an denen auch weitere interessierte Gäste deutscher und lateinamerikanischer Herkunft teilnahmen, wurden sodann durch einen Vortrag von Prof. Dr. Jesús María Casal Hernández, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universidad Católica Andrés Bello in Caracas, um die venezolanische Perspektive bereichert. Sein Vortrag befasste sich ebenso wie das Referat von Natalia Bernal Cano, Doktorandin kolumbianischer Herkunft an der Université Paris 1 (Panthéon-Sorbonne), mit Formen und Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit in einem demokratischen Gemeinwesen. Ebenfalls aus demokratietheoretischer Sicht zog Prof. Dr.

Carlos Ariel Sánchez Torres, Universidad del Rosario, Bilanz hinsichtlich der Kontrolle der öffentlichen Hand in Kolumbien. Den Abschluss des Symposiums bildeten zwei Referate von Speyerer Seite: Ass. iur. Lippold Freiherr von Bredow, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV), behandelte Rechtsschutzmöglichkeiten des Individuums bei grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen und Univ.-Prof. Dr. Sommermann befasste sich in seinem Vortrag über

den Verwaltungsrechtsschutz im europäischen Kontext mit den durch Gemeinschafts- und Völkerrecht bedingten Konvergenzen, aber auch weiter bestehenden Unterschieden in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

An das Symposium schloss sich am 18. Oktober 2006 ein Besuch beim Verfassungsgerichtshof und beim Oberverwaltungsgericht des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz an. Nach einem Gespräch mit Prof. Dr. Karl-Friedrich Meyer, der in Personalunion Präsident des Verfassungsgerichtshofes und des Oberverwaltungsgerichts so-

wie Honorarprofessor an der DHV Speyer ist, über die Rolle und Bedeutung der Landesverfassungsgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland wurden anschließend mit dem Vorsitzenden Richter des 8. und 9. Senats des Oberverwaltungsgerichts Koblenz, Dr. Jürgen Held, sowie dem Vorsitzenden Richter der 7. Kammer des Verwaltungsgerichts Koblenz, Dr. Peter Fritz, ausführlich Stellung und Funktion der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit aus der Sicht der zweiten und der ersten Instanz erörtert. Die Gäste erhielten zudem die Gelegenheit, eine mündliche Gerichtsverhandlung zu besuchen.

Des Weiteren wurden am 19. Oktober 2006 im Beisein des Rektors der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. R. Fisch, Gespräche über gemeinsame wissenschaftliche Vorhaben sowohl unter Beteiligung der DHV Speyer als auch des FÖV geführt. Es ist geplant, diese erfreuliche und wissenschaftlich überaus fruchtbare Zusammenarbeit deutscher und kolumbianischer Rechtswissenschaftler in regelmäßigen Folgeveranstaltungen fortzusetzen.



Symposiumsleitung: Univ.-Prof. Dr. Sommermann (l.) und Univ.-Prof. Dr. Sarria Olcos (r.)  
Foto: DHV

## Intensiv-Lehrgang für Gastprofessoren der Partnerhochschule CNSA



Im Rahmen des CEPA-Programms (China Europe Public Administration Programme), das die Hochschule zusammen mit anderen europäischen Institutionen und der Chinese National School of Administration seit 2003 durchführt, kamen auch dieses Semester wieder chinesische Gäste an die Hochschule. Die drei Gastprofessoren unserer Partnerhochschule Frau Sun Yingchun, Herr Ren Jin und Herr Wei Hong, bekamen ein umfassendes Programm zum deutschen und europäischen Rechts- und Verfassungssystem, welches von Univ.-Prof. Dr. Sommermann und dem CEPA-Beauftragten der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch geleitet wurde.

Der erste Tag war dem Kennenlernen der Hochschule und ihrer Studienprogramme gewidmet. Den Auftakt des eigentlichen Programms übernahm dann Frau Dr. Schiedermaier mit drei Sitzungen zum deutschen Verfassungssystem. Als nächstes folgten zwei Vorträge zur administrativen Rechtsprechung sowie zum Verwaltungsrechtsschutz von Univ.-Prof. Dr. Guckelberger. Hervorragend ergänzt wurden ihre Ausführungen durch einen Ausflug in die Praxis, zum Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz. Dr. Held, vorsitzender Richter am OVG und Lehrbeauftragter der DHV Speyer und Dr. Fritz, vorsitzender Richter am VG bereiteten den Gästen einen herzlichen Empfang. Neben intensiven Gesprächen zur Praxis der Verwaltungsgerechtigbarkeit hatten die Gäste die Gelegenheit, einer Sitzung des VG beizuwohnen. Der Austausch zwischen Wissenschaftlern und Richtern wurde anschließend bei einem gemeinsamen Mittagessen auf dem Ehrenbreitstein fortgesetzt. Einen etwas anderen Schwerpunkt setzte Dr. Wolf mit seinem Vortrag zum politischen System Deutschlands. Besonders die Ausführungen zur Korruptionsbekämpfung interessierten die Gäste, zumal an der CNSA gerade ein Projekt dazu läuft.

Der nächste Studienkomplex stand dann ganz unter dem Thema Europa. Zunächst stellte Univ.-Prof. Sommermann den Wissenschaftlern die Rolle Deutschlands im Prozess der europäischen Integration und die Auswirkungen auf das deutsche Rechtssystem vor. Anlässlich der zwei Besuche in

Straßburg, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EUGMR) und beim Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats konnten die Gäste Antworten auf langgehegte Fragen finden. Frau Enrich Mas stellte den EUGMR vor und brachte Licht in das für die chinesischen Gäste komplizierte System der europäischen Institutionen und ihres Zusammenwirkens. Schließlich trafen die drei Professoren Ulrich Bohner, den Exekutivdirektor des

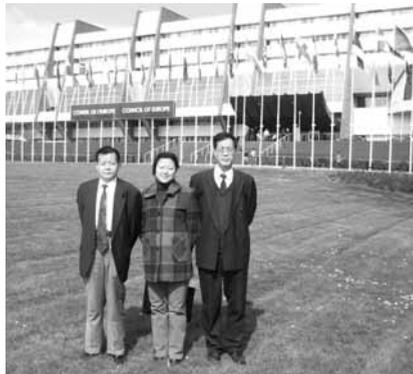
Kongresses, der den Gästen vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der lokalen Demokratie aufzeigte. In der folgenden Woche widmeten sich die Gäste unter Anleitung des ehemaligen Kanzlers des EUGMR, Prof. Petzold, noch intensiver dem Thema Menschenrechte.

Den Abschluss des Fachprogramms bildeten drei Vorträge von PD Dr. Koch über die Entwicklungslinien des deutschen Verwaltungsrechts im europäischen

Kontext, über das deutsche Infrastrukturverwaltungsrecht, insbesondere die Aufgaben und Struktur der Bundesnetzagentur sowie über das öffentliche Dienstrecht, seine Grundlagen und Reformbemühungen. Nach dieser gründlichen Vorbereitung in unterschiedlichen Gebieten des Rechts- und Verfassungssystems war einer der Höhepunkte des Programms wohl der Besuch beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, der dank des Einsatzes von Dr. Barnstedt, Direktorin beim Bundesverfassungsgericht, noch kurzfristig organisiert werden konnte.

Neben dem wissenschaftlichen Austausch steht beim CEPA-Programm jedoch auch die Einführung neuer Studiengänge im Bereich Verwaltungswissenschaften im Mittelpunkt. Im Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Färber erfuhren die Gäste mehr über das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium. Einen Einblick in hiesige Lehrmethodik und deren theoretische Fundierung wurde den Gästen durch PD Dr. Beck vermittelt. Die Darstellung von Gruppenarbeit und didaktischem Einsatz von Flipchart und Medienkoffer machten fünf Aufbauhörer und eine Doktorandin möglich. Univ.-Prof. Dr. R. Fisch stellte das Ganze in seinem Vortrag zum lebenslangen Lernen in einen größeren Zusammenhang.

C. M.



Besuch in Straßburg

Foto: DHV

## Zusammenarbeit in Sachen guter Verwaltung mit Kasachstan initiiert



Das Gebäude der Academy of Public under the President of the Republic of Kazakhstan in Astana  
Fotos: DHV

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer engagiert sich weltweit in Sachen guter Verwaltung. Dies spiegelt sich in zahlreichen Kooperationen mit Verwaltungsakademien und Hochschulen in europäischen und außereuropäischen Staaten wider. Vom 25. bis 31. März 2007 bereiste der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch die Republik Kasachstan, um eine Zusammenarbeit mit der Academy of Public under the President of the Republic of Kazakhstan in Astana und der East-Kazakhstan State University (S. Amanzholov-University) im ostkasachischen Ust-Kamenogorsk einzuleiten.

Vorausgegangen war der Reise der Forschungsaufenthalt des damaligen Rektors der S. Amanzholov-University, Professor Abzhapparov, an der DHV Speyer im Jahre 2004. Im Verlaufe dieses Besuchs wurden die ersten Weichenstellungen für eine Zusammenarbeit gelegt. Mit Mitteln aus dem Path-Finding-Programm des DAAD konnte der Rektor der DHV Speyer nun in der zentralasiatischen Republik die wissenschaftliche Ausrichtung der Universität von Ust-Kamenogorsk erkunden und zuvor auf Einladung des Präsidenten der zentralen kasachischen Verwaltungsakademie in Astana, Dr. Ashimzhan Akhmetov, eine Visite in der kasachischen Hauptstadt machen. Fisch referierte an der Astanaer Akademie vor den Studierenden des verwal-

tungswissenschaftlichen Masterstudiengangs zum Stand der Verwaltungsreform in der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig konnte er die Gelegenheit nutzen zu Gesprächen mit dem inzwischen am kaspischen Meer als Universitätsrektor tätigen Professor Abzhapparov, mit Bauyrzhan K. Baibeck vom kasachischen Präsidialamt und Zautbek Turisbekov, dem Präsidenten der kasachischen Agentur für den öffentlichen Dienst, sowie dessen Stellvertreter Gabidulla Abdrakhimov, Mag. rer. publ., der seine 1998 und 1999 an der DHV Speyer erworbenen Kenntnisse nun in äußerst verantwortungsvoller Position in Kasachstan einbringen kann. Im Verlaufe dieser Gespräche zeigte sich, dass die kasachische Seite sehr an einer Entsendung von etwa sieben Verwaltungspraktikanten aus ihrem verwaltungswissenschaftlichen Masterprogramm an die DHV Speyer interessiert ist. Diese sollen in Speyer in einem Kompaktkurs eine Einführung in das Verwaltungssystem der Bundesrepublik erhalten, bevor sie ihr Praktikum in verschiedenen Behörden fortsetzen



Warmherziger Empfang durch Gabidulla Abdrakhimov, Mag. rer. publ. (r.); von links: Dr. Strohm, Dr. Baranova, Rektor Fisch



Kooperationsverhandlungen in Astana

sollen. Die Ergebnisse der Gespräche wurden in einer gemeinsamen Absichtserklärung festgehalten, die Akhmetov und Fisch am 26. März 2007 unterschreiben konnten.

In Ust-Kamenogorsk stand dann zunächst das Kennenlernen der Universität auf dem Besuchsprogramm. Genau wie die Akademie in Astana hat die S. Amanzholov-University bereits all ihre Studienangebote entsprechend den Rahmenbedingungen des Bologna-Prozesses umgestaltet, wie der Prorektor für Studium und Lehre Professor Dr. Adilgazinov Gainelgazy Zainullinovich ausführlich darlegte. In verschiedenen Diskussionen mit dem Professorenkollegium dieser Universität sowie mit den Studierenden der dortigen Masterprogramme konnte Univ.-Prof. Fisch insbesondere in den Bereichen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und insbesondere des Wissenschaftsmanagements mögliche Felder einer Zusammenarbeit mit der DHV Speyer identifizieren. Dabei zeigten sich die Gastgeber weniger an einer Kooperation bei Masterprogrammen interessiert als an einer Zusammenarbeit bei der Konzeption und Durchführung von Dissertationsprojekten z. B. etwa im Rahmen von Cotutelle-Verfahren, wie der Vizepräsident der Universität, Professor Jumagulov, erläuterte. Diese binationalen Promotionsverfahren verfolgen das Ziel, durch die Förderung der Mobilität von Doktorandinnen und Doktoranden eine wissenschaftliche Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen zu schaffen und weiter zu entwickeln. Die Cotutelle eröffnet Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, im Rahmen einer Doppelbetreuung durch einen deutschen und einen ausländischen Professor bzw. eine Professorin zu promovieren. Diese übernehmen gemeinsam die Betreuung und Begutachtung der Dissertation; entsprechend wird auch die Abschlussprüfung von einer binational besetzten Prüfungskommission aus Vertretern der beiden beteiligten Universitäten abgenommen. Diese Promotionsverfahren schließen mit einem Doppeldiplom.

Am Ende der Gespräche stand am 30. März 2007 die Unterzeichnung eines entsprechenden Kooperationsabkommens, in dem insbesondere ein Dozentenaustausch zwischen beiden Universitäten ermöglicht und die Zusammenarbeit im Bereich von Promotionsverfahren und bei Weiterbildungsveranstaltungen verabredet wurde.

Neben seinen Informationsgesprächen in der Universität führte Univ.-Professor Fisch noch weitere Gespräche in der Stadtverwaltung von Ust-Kamenogorsk sowohl mit dem Oberbürgermeister der Stadt als auch mit der Dezernentin für Bildung und Soziales. Diese Gespräche vermittelten einen

guten Einblick in die administrativen Probleme einer kasachischen Kommunalverwaltung. Die aktuellen Herausforderungen für eine kasachische Provinzverwaltung stellten dann Vertreter der Verwaltung des Gebietszentrums Ostkasachstan vor. Der Rektor wurde auf seiner Reise begleitet von Dr. Kira Baranova vom Lehrstuhl für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft, und Dr. K. Strohm von der Hochschulverwaltung.



Austausch der gemeinsamen Absichtserklärung mit Ashimzhan Akhmetov (r.), dem Rektor der Akademie in Astana



Die S. Amanzholov-University in Ust-Kamenogorsk



Unterzeichnung des Kooperationsvertrages in Ust-Kamenogorsk durch Rektor Fisch (l.) und Vizepräsident Jumagulov (r.)

## Start ins Wintersemester 2006/2007



... und Informationen in der Antrittsversammlung

Am 2. November 2006 nahmen 401 Hörerinnen und Hörer ihr Studium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften auf. 274 von Ihnen waren aus 15 deutschen Ländern im Rahmen ihres juristischen Vorbereitungsdienstes in der Verwaltungs-, Wahl- oder Anwaltsstation nach Speyer entsandt worden. 56 Studierende nahmen ihr zweites Studiensemester im verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium mit dem Ziel des Magisters der Verwaltungswissenschaften auf. 41 Studierende hatten sich entweder im Doktoran-

denprogramm, im European Master of Public Administration Programm oder als Gasthörer eingeschrieben und 18 Studierende waren nach Speyer gekommen, um hier das dreimonatige Weiterbildungsstudium Wissenschaftsmanagement zu durchlaufen, das sie für Aufgaben im Hochschul- und Wissenschaftsmanagement qualifizieren soll.



Notwendiger erster Schritt: Die Einschreibung

Nach dem Abschluss der notwendigen Einschreibungsformalitäten begrüßten Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor der Hochschule und Dr. Strohm die Studierenden und informierten über den Semesterablauf.

Bevor es dann zur Wahl der Lehrveranstaltungen ging, wurden zunächst die Hörervertreter gewählt. Die Vollversammlung der Hörerschaft bestimmte Florian Decker zum Hörersprecher und Matthias Eckel und Florian Gröblichhoff zu seinen Stellvertretern. Darüber hinaus wurden folgende Hörerinnen und Hörer zu Referentinnen und Referenten für die

einzelnen Aufgabenbereiche der Hörerschaft bestimmt (in Klammern die jeweiligen Stellvertreter): Finanzreferat: Thomas Michalk (Ulrich Pille); EDV-Referat: Haya Hadidi (Paul Heit); Medienreferat: Florian Schierle (Marian Majer); Festreferat: Björn Krebs (Sandra Böhm); Kulturreferat: Julia Kuschke (Dietmar Schmidt und Caroline Gottheit); Sportreferat: Dirk Blanke (André Justus); Ausländerreferat: Barbara Wiebking (Lena Brand); Aufbauhörerreferat: Jörg Bellmann (Miriam Ströbel)

sowie Ballreferat: Milka Sergio (Johanna Reinker). Auch wurden noch an diesem Tag die Senatsvertreter der Gruppe der Hörerinnen und Hörer bestimmt.

Bei einer Wahlbeteiligung von 16,5 % wurden Eileen Frerking und Florian Gröblichhoff in den Senat gewählt. Stellvertretende Senatsmitglieder wurden Florian Decker und Matthias Eckel.

Parallel zu diesen Wahlen stellten sich den Hörerinnen und Hörern die Dozentinnen und Dozenten vor. Diese Orientierungsphase erleichterte etwas die Qual der Wahl unter den über 100 angebotenen Lehrveranstaltungen. Erneut erfolgte im Rahmen dieser Veranstaltung die Live-Videozuschaltung von Dozenten aus dem Bundesinnenministerium.



Studium der Semesterinformationen

## Exkursion der ausländischen Hörerinnen und Hörer in die bayrische Verwaltungswelt

Halbzeit in der Prüfungsphase für die ausländischen Hörerinnen und Hörer – Zeit für einen Ausflug in die Verwaltungspraxis. In Begleitung von Christine Müller, Referentin für internationale Beziehungen der DHV Speyer, führen 20 internationale Aufbauhörer und Doktoranden sowie die Referentin für Ausländer der Hörerschaft, Barbara Wiebking, auf Exkursion nach München. Dort erwartete sie Christoph Göbel, der 1. Bürgermeister von Gräfelfing, der kurz zuvor schon mit einem Vortrag zum Personalwesen in der Kommunalverwaltung Gast im Kolloquium von Patrick Laurency war, mit einem interessanten Programm.

Zunächst ging es ins Münchner Landratsamt. Landrat Heiner Janik klärte die Hörer dort zunächst über die Janusköpfigkeit des bayrischen

Landratsamtes als Staats- und Kreisbehörde auf und wie sich diese auf die Organisation seiner Verwaltung auswirkt. Weitere wichtiger Punkte des Vortrags waren Mitarbeiterorientierung sowie verschiedene Instrumente der Kundenorientierung, zu denen der Landrat u.a. Bürgersprechstunden und, in der Kunden-Mitarbeiter-Beziehung, eine Erhöhung der Zahl an „Ermöglichungsbeamten“ im Gegensatz zu den „Verhinderungsbeamten“, zählte.

Anschließend ging es weiter zum Büro des Regionalen Planungsverbands München und dem Planungsverband äußerer Wirtschaftsraum München, zuständig für einen der am stärksten wachsenden Regionen Deutschlands. Herr Bernard, stellvertretender Geschäftsführer der beiden Verbände, stellte den jungen Verwaltungsführungskräften das Leitbild 2030 für die Region vor. Die Hörer erfuhren dann recht anschaulich, wie Verwaltung ihre eigenen Grenzen überwindet. Demografische Strukturen und daran anzupassende öffentliche Serviceleistungen oder die Wirtschaftsförderung werden im Planungsverband interkommunal gedacht, auch wenn, so Herr Bernard, die „Fahrt durch den Interessenschwungel“ nicht immer einfach ist.

Den Abschluss des Tages bildete ein Besuch bei der Gräfelfinger Bierakademie. Dort konnte die internationale Gruppe das Geheimnis deutscher Braukunst erkunden und nach einer Besichtigung der Lehr- und Brauanlagen sogar testen. Den Abend ließ die Gruppe dann in den gemütlichen Bierstuben Gräfelfings ausklingen.

Im bayrischen Landtag konnten die Hörer dann am zweiten Exkursionstag Herrn Kupka, Landtagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der

CSU Landtagsfraktion, treffen. Er gab eine kleine Einführung in das Wahlsystem und seinen Arbeitsalltag sowie in die spezifische und vom Gemeinderat so abweichende „Kultur“ eines Landtags. Sehr interessant für die Magisterstudierenden und Doktoranden war auch



Reminiszenz an Speyers bayrische Zeit: Die Exkursionsteilnehmer im Maximilianeum, im Hintergrund das Speyerer Wappen (2. v. r.) Foto: DHV

der Vortrag von Oberregierungsrätin Heckel über die strukturelle Organisation des klassisch organisierten Landtags und die Aufgaben der einzelnen Abteilungen.

Spannend gerade in interkultureller Hinsicht waren für die Hörerinnen und Hörer aus aller Welt auch die Erfahrungen, die Frau Heckel während der Zeit machen konnte, als der Landtag einen der rotierenden Sitze im Ausschuss der Regionen der EU innehatte. Nach der Besichtigung des Maximilianeums blieb gerade noch Zeit für einen kurzen Bummel in der Münchner Innenstadt, bevor es wieder zurück nach Speyer ging.

Herzlichen Dank sei an dieser Stelle Christoph Göbel, der die Begegnung mit den Verwaltungspraktikern überhaupt erst möglich machte, sowie InWEnt, welche die Kosten für die Unterkunft übernahm, ausgesprochen.

C. M.

## Karrieremessen und -hilfen



Beratungsgespräche auf der Berliner JuraCon

Erneut war die DHV Speyer in Sachen Coaching und Marketing auf Messen aktiv. In der Berliner Börse vertraten am 23. November 2006 Dr. Strohm und Christine Müller die Hochschule auf der dortigen JuraCon, wo die Gelegenheit bestand, insbesondere Referendare und Jurastudierende aus Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg auf die Ausbildungsangebote der Hochschule aufmerksam zu machen. Mehr als 40 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit für ausführliche Beratungsgespräche.

Die Messepräsenz wurde seitens der Hochschule aber auch dafür genutzt, weitere Kontakte zu den vertretenen Behörden zu knüpfen. Ein Ergebnis war die von den Hörerinnen und Hörern sehr begrüßte Präsenz des Bundesnachrichtendienstes auf der

Contacta, dem Forum für Beruf und Karriere der DHV Speyer, das in diesem Semester am Nachmittag des 18. Januar 2007 stattfand. Ebenfalls vertreten waren das Bundesverwaltungsamt, der Städte- tag Rheinland-Pfalz, das Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Gleiss Lutz Rechtsanwälte, die BASF AG, die Debeka Versicherungen, die WIKOM AG, Freshfields Bruckhaus Deringer, die Agentur für Arbeit, Clifford Chance Internationale Anwaltssozietät und die MLP AG. Am 25. Januar 2007 bestand dann für die Hörerinnen und Hörer noch die Gelegenheit, auf einer an der Hochschule stattfindenden Roadshow der Kanzlei Hengeler Müller wertvolle direkte Einblicke in die Tätigkeit einer international tätigen Großkanzlei zu gewinnen.



Umlagerter Stand des BND auf der Contacta

Fotos: DHV

## Schollenberger-Ausstellung an der DHV Speyer

Im Foyer der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften wurde im Wintersemester 2006/07 eine Ausstellung mit Gemälden des Künstlers Oliver Schollenberger gezeigt. In den letzten Jahren war Schollenbergers künstlerischer Weg geprägt von einer kontrastreichen Vielfalt der Techniken und von oftmals seriell erarbeiteten Themen wie beispielweise mediterraner Erzählbilder. In seinem Schaffen geht es dem Künstler um malerische Erfindung und um Schaffung einer Harmonie parallel zur Natur, also nicht um eine bloße Wiederholung von Gesehenem. Sein zentrales Thema ist dabei die Malerei selbst, wobei ihm die Mo-



Typisch für Schollenberger: venezianische Motive  
Foto: DHV

tive lediglich als Aufhänger für ihre farbliche Entwicklung dienen.

Schollenberger, der seine Lebensmittelpunkte in Speyer und München hat, nutzt in seinem Schaffen gern ein Repertoire ele-

mentarer Motive wie die Weinflasche, den Fisch oder den Stier. Diese stellen in gewissem Sinn formale Sprachmittel des Malers dar, mit denen er das ungebändigte Element des Vitalen und die Ambivalenz zwischen Ruhe und Kraft beschreibt.

Einfachheit und klar abstrahierte Form der Motive verleihen der Darstellung Schollenbergers eine gewisse Archaik, die von diesem bewusst eingesetzt wird.

Die Ausstellung Schollenbergers an der DHV Speyer reihte sich in eine lange Liste von Werkschauen des Künstlers, unter anderem in Mainz, Ravenna, Kursk, München und Frankfurt.

# Ballimpressionen



Am 26. Januar 2007 fand der Wintersemesterball 2006/2007 statt. Wieder hatten sich die Hörerinnen und Hörer darin selbst überboten, einen rundum gelungenen Abend in einer zauberhaften Atmosphäre zu schaffen. Vom Buffet über die Musik bis hin zu den attraktiven Darbietungen war wieder alles perfekt organisiert, so dass diese Ballnacht allen in bleibender Erinnerung bleiben wird.



Fotos: DHV-Archiv



## Für den guten Zweck: 5. Speyerer Schaffermahlzeit



Reichlich Grünkohl und Pinkel

Für einen guten Zweck eine alte Tradition wiederbeleben und dazu ein topaktueller Vortrag: am 19. Januar 2007 boten die Landesgruppen Hamburg und Bremen eine Neuaufgabe der „Speyerer Schaffermahlzeit“. Dazu wurde – wie es altem Bremer Brauch entspricht – ein deftiges Grünkohlessen

gereicht. Als Gastredner war Univ.-Prof. Dr. Bruno Simma, Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag nach Speyer gekommen. Sein Redebeitrag lockte verschiedene auswärtige Gäste an die DHV. Nach der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion wurden Grünkohl und Pinkel dann stilvoll an den festlich gedeckten Tischen von Hörerinnen und Hö-

rem serviert. Der Erlös des Abends kommt einem Fonds zur Unterstützung der ausländischen Hörerinnen und Hörer der Hoch-



Univ.-Prof. Dr. Simma

schule zugute.

Das als Vorbild dieser Veranstaltung der Hörerinnen und Hörer dienende Bremer Schaffermahl ist das älteste, heute noch praktizierte Brudermahl der Welt. Die Geschichte dieses Mahls für Kaufleute, Reeder und Kapitäne reicht in das Jahr 1545 zurück. Unter Schaffern verstand man damals die Proviantmeister auf Schiffen.



Geselliges Beisammensein

Fotos: DHV

## Semesterabschlussversammlung



Abschiedsrede von Hörersprecher Florian Decker

Ein letztes Mal versammelten sich die Hörerinnen und Hörer des Wintersemesters 2006/2007 der DHV Speyer am 31. Januar 2007. Nach einem kurzen Rückblick auf die Höhepunkte des zurückliegenden Semesters lobte Univ.-Prof. Dr. R. Fisch als Rektor der Hochschule das

bemerkenswerte Engagement der Hörschaft dieses Semesters: Hochschulball, verschiedene Länderfeten, und ein Hörschaftschor, der diese Abschiedsver-



Auftritt des Hörerchors

Fotos: DHV

sammlung musikalisch umrahmte, wurden abwechslungsreich und perfekt organisiert. Keinerlei Abstriche wurden dabei bei der wissenschaftlichen Qualität des Speyerer Lehrbetriebes gemacht, wie es die jüngste Hörerumfrage zur Qualität der Lehre auch in diesem Semester eindrucksvoll belegt.

Auf dieses hohe Engagement ging auch Hörersprecher Florian Decker in seiner Abschiedsrede ein. Auch er ließ die zurückliegenden drei Monate noch einmal Revue passieren und dankte allen für ihr Engagement in den zurückliegenden drei Monaten, ohne das das Semester nicht für alle so angenehm hätte gestaltet werden können.



Verabschiedung durch den Rektor

### Symposium zur Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten

Aus Anlass der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann und mit Beiträgen namhafter Hochschullehrer und Verfassungsrichter das Symposium „Freiheit, Rechtsstaat und Sozialstaat in Europa“ statt. In seiner Dankesrede hob Merten noch einmal einige ihm wesentliche Dimensionen der Vorträge hervor, insbesondere die Aussagen zur Rechtsstaatstheorie, zu denen Merten seine auf den formellen Rechtsstaat („Absage an den Verwaltungsstaat“) gegründete Position akzentuierte, denn dass der Rechtsstaat als solcher auch Gerechtigkeit enthalte, erscheine ihm doch als nicht handhabbare Formel. Es komme auf die Subprinzipien an, die das Gerechtigkeitspostulat eben erst handhabbar machten. Ein weiterer zentraler Aspekt betraf die Durchsetzung der Grundrechte, weg von den „semantischen Grundrechten“ in nachdrücklicher Hinwendung zu insbesondere (aber nicht nur) gerichtsförmlichen Durchsetzungswegen. Diese Dimension war durch die vortragenden Präsidenten und Mitglieder der Verfassungsgerichte und Verfassungsgerichtshöfe eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Mit herzlichem Dank beschloss Merten seine Rede.

### Wahl bzw. Wiederwahl

Em. Professor Dr. Dr. h. c. Rudolf Morsey wurde zum Korrespondierenden Mitglied der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Berlin gewählt, sowie wiedergewählt als Beiratsmitglied der Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus in Rhöndorf und als Mitglied der Kommission für die

Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz.

### Ehrendoktorwürde

Die Academy of Management of the Government of Mongolia in Ulaanbaatar hat Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas in Anerkennung seiner Verdienste in der Aus- und Weiterbildung der Mitglieder der Akademie mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet.

### Wechsel in der Redaktion

Nach 17 Jahren Schriftleitertätigkeit für den Nomos Verlag Baden-Baden hat em. Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann die Redaktion der Fachzeitschrift „Verwaltung und Management“ an Univ.-Prof. Dr. Veith Mehde, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insb. Verwaltungsrecht, an der Universität Hannover, übergeben. Er bleibt Herausgeber der Zeitschrift.

### Bestellung zum Gutachter

Der Akkreditierungsrat der Republik Österreich hat Herrn em. Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann zum Sachverständigen für die Begutachtung der zu gründenden privaten „Modul University Vienna“ bestellt.

### J. J. Becher-Stiftung

Die gemeinnützige Johann Joachim Becher-Stiftung zu Speyer hat ihren Vorsitzenden em. Univ.-Prof. Dr. H. Reiner mann für weitere drei Jahre im Amt bestätigt.

### Vortrag in Berlin

Am 18.10.2006 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas in Berlin einen Vortrag zum Thema „Öffentlich-Private Finanzierungs- und Kooperationsformen im Spannungsfeld zum Vorrangprinzip der freien Wohlfahrtspflege“. Der Vortrag fand statt im Rahmen einer Veranstaltung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zum Thema „PPP: Öffentlich-Private Partnerschaften

– Neue Finanzierungs- und Kooperationsformen für soziale Aufgaben“ vom 16. bis 18. Oktober 2006.

### Umweltgesetzbuch

Die Regierungskoalition will noch in dieser Legislaturperiode ein Umweltgesetzbuch vorlegen. Für die Durchführung dieses Vorhabens wurde im Bundesumweltministerium der „Projektkreis Umweltgesetzbuch“ eingerichtet. Univ.-Prof. Dr. E. Bohne ist Mitglied des Projektkreises UGB und nahm an den Sitzungen in Berlin am 13. Oktober und 19. Dezember 2006 teil.

### Moderne Stadtentwicklung

Zum Thema „Business Improvement Districts (BID) – ein Beitrag zur Modernen Stadtentwicklung“ referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas am 7. November 2006 in der Handelskammer Hamburg im Rahmen des 9. Hamburger Wirtschaftsrechtstags zum Thema „Rechtsrahmen der BIDs“.

### Deutsche Gesellschaft für Kassenarztrecht

Als Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas an dem Symposium der Gesellschaft am 9. November 2006 in Berlin mit dem Thema „Der Versorgungsauftrag des Vertragsarztes nach der Liberalisierung des Vertragsarztesrechtes“ teil. Mit dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz wird die im ärztlichen Berufsrechts bereits vollzogene Liberalisierung der Berufsausübung auf das Vertragsarztrecht übertragen und weiterentwickelt. Die anstehenden Fragen wurden unter Mitwirkung von Prof. Pitschas nach ausgiebigen Referaten auf der Veranstaltung intensiv diskutiert.

### 47. Bitburger Gespräche

Bei den 47. Bitburger Gesprächen, veranstaltet durch die Stiftung Ge-

sellschaft für Rechtspolitik, Trier, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier, am 8. und 9. November 2006 in Berlin, unter dem Generalthema „Eigentum und Eigenvorsorge“ wurden „Einführung in das Thema und Zielsetzung der Tagung“ durch em. Prof. Dr. Dr. Detlef Merten wahrgenommen; in seinem Vortrag stellte er die intensive Wechselbezüglichkeit von Eigentum und Eigenvorsorge heraus; er betonte, das Eigentum gehöre „von Verfassungs wegen nicht nur zu den herausragenden subjektiven Grundrechten des Einzelnen gegen den Staat, sondern enthält als Grundrechtsbestimmung zugleich die Garantie des Instituts „Eigentum“ und begründet eine Schutzpflicht des Staates zugunsten der Eigentümer“. Auf der Basis eines staats- und verfassungshistorischen Rückblicks führte Merten ferner aus: „Mit der Garantie des Eigentums und des Erbrechts zementiert das Grundgesetz zugleich den Eckpfeiler einer privaten Wirtschafts- und Vermögensordnung, in der die persönliche Freiheit gesichert ist, der Staat seinen Finanzbedarf nicht in erster Linie durch Staatswirtschaft, sondern durch Beteiligung am Erfolg privater Wirtschaft deckt und ein freier Markt garantiert wird“ und ergänzte: „Die Eigenvorsorge des Menschen ist Folge seiner im Grundgesetz verankerten Freiheit zu eigenverantwortlicher Selbstbestimmung und Lebensgestaltung“. Und gerade „die Lebensversicherung in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen“ sei „klassisches Mittel individueller Eigenvorsorge für die Lebensrisiken des Alters und des Todes“. Sie sei weder Zwangsversicherung, noch bestehe Versicherungszwang, der Versicherungsvertrag sei kündbar, Ansprüche und Anwartschaften grundsätzlich vererbbar und genossen Eigentumsschutz, „so dass

sich die private Lebensversicherung, was die Altersvorsorge betrifft, diametral von der gesetzlichen Rentenversicherung, in vielen Punkten aber auch von Modellen staatlicher Zusatzsysteme auf freiwilliger Grundlage („Riester-Rente“, „Rürup-Rente“) unterscheidet“. Angesichts des Bemühens der Bundesregierung um eine Reform des Versicherungsvertragsgesetzes widme sich die Gesellschaft für Rechtspolitik zu Recht dem Bereich der Lebensversicherung; Merten verlieh der Hoffnung Ausdruck, „dass die Referate und Diskussionen die ihrer Bedeutung zukommende Berücksichtigung in der rechtspolitischen Diskussion finden werden“.

#### Vortrag in Shanghai

Am 9. November 2006 referierte Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr auf dem International Symposium on the Human Capacity Building and Human Resource Management in Public Sectors am Shanghai Administration Institute (VR China) zum Thema „Sickness-related absenteeism in the public sector? Why is it higher than in the private sector?“.

#### Land aus der Retorte

Em. Professor Dr. Dr. h. c. Rudolf Morsey referierte am 17. November 2006 im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung des Historischen Vereins Koblenz und der Landeszentrale für politische Bildung in Koblenz über das Thema „Vom Land aus der Retorte zum Land mit eigenem Profil. Die Ära Peter Altmeier 1947-1969“.

#### Bulgarien im Globalisierungsstress

Nach dem EU-Beitritt Bulgariens Anfang 2007 steht dieses Land vor großen Herausforderungen: den Anforderungen der EU-Normen zu genügen und sich im harten globalen Wettbewerb ökonomisch zu behaupten.

Zu beiden Problemen nahm der emeritierte Speyerer Univ.-Prof. Dr. Dieter Dwendag in einem Seminar für bulgarische Staatsbedienstete auf Einladung der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung am 4. Dezember 2006 in Berlin Stellung. Thema des Vortrags: „Globalisierung als Herausforderung für Staat und Verwaltung“. In puncto Außenwirtschaft hat Bulgarien wegen geringer Produktivität, mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und schmaler exportfähiger Produktpalette mit gravierenden Defiziten zu kämpfen. Mitverantwortlich dafür sind auch die hohe staatliche Regulierungsdichte, der desolate Zustand der Infrastruktur sowie Probleme der Rechtsunsicherheit und der immer noch grassierenden Korruption. Hier sind Staat und Verwaltung Bulgariens massiv gefordert. Aber es gibt auch einige Lichtblicke: So ist es dem Land inzwischen gelungen, im Vergleich mit den fortgeschrittenen MOE-Staaten verstärkt Auslandsinvestitionen zu attrahieren und dabei Länder wie Polen und Ungarn abzuhängen.

#### Polizei-Führungsakademie

„Zukünftige Entwicklungen im Politikfeld innere Sicherheit und ihre Auswirkungen auf Organisation und professionelles Selbstverständnis der Polizei“ lautete der Titel des Vortrag, den Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas am 23. November 2006 in Münster im Rahmen der Veranstaltung „Gestaltung von Veränderungsprozessen“ an der Polizei-Führungsakademie hielt.

#### Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Band II erschienen, Band VII (Schweiz, Liechtenstein) kurz vor der Drucklegung

Noch im Dezember 2006 ist der zweite Band des von em. Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten und

Prof. Dr. DDr. h. c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, herausgegebenen „Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa“ erschienen; der Band hat die Grundrechte in Deutschland (Allgemeine Lehren) zum Gegenstand, in einer aktuellen Bestandsaufnahme, in 31 Beiträgen dargestellt aus der Perspektive namhafter Staatsrechtslehrer. Zur weiteren Beförderung des zügigen Erscheinens auch der Folgebände des Handbuchs, ebenfalls in der Herausgeberschaft von Detlef Merten und Hans-Jürgen Papier, lud Professor Merten die Autoren von Band VII des Handbuchs am 14. Dezember 2006 nach Zürich zu einem Gespräch, in dem der wissenschaftliche Austausch über aktuelle grundrechtsdogmatische Probleme und eine Orientierung über den Fortgang der Edition im Vordergrund standen. Merten nahm die Gelegenheit wahr, Thesen zum Begriff der Grundrechte in Deutschland, der Schweiz und Österreich vorzutragen.

### **Die Rolle der Bundesnetzagentur bei der Netzzugangsregulierung**

Seit Jahren wird die Liberalisierung der europäischen Energiemärkte betrieben. Durch mehr Wettbewerb soll eine effizientere Versorgung mit Energie gewährleistet werden. Maßgeblich für die Sicherung des Wettbewerbs ist dabei neben der Höhe der Nutzungsentgelte für die notwendigen Energienetze die Gewährleistung des Zugangs zu den Netzen für alle Anbieter. Dies wiederum erfordert eine weitgehende Standardisierung der Geschäftsprozesse und damit einen tiefen Eingriff in das operative Geschäft der Energieversorger, wie Frau Dr. Sabine Frenzel von der Bundesnetzagentur aufzeigen konnte. Am 19. Dezember 2006 stellte sie ihre Arbeit bei der Regu-

lierungsbehörde im Rahmen des Seminars „Infrastruktur und Regulierung“ von Frau Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen vor. Frau Dr. Frenzel hat dabei nicht nur einen interessanten Einblick in die Herausforderungen beim Aufbau einer neuen Behörde geliefert, sondern zugleich ein spannendes Arbeitsfeld für interessierte Hörerinnen und Hörer aufgezeigt.

### **Streitbeilegung in internationalen Wirtschaftsbeziehungen**

Streitigkeiten in internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden nicht notwendig vor Gericht ausgetragen. Häufig finden sich in Verträgen Schiedsklauseln, die alternative Streitbeilegungsverfahren vorschreiben. Was bei der Formulierung solcher Schiedsklauseln zu beachten ist, welche Unterschiede zwischen Schieds- und Gerichtsverfahren bestehen und wie Schiedsverfahren ablaufen, stellte Frau Dr. Claudia Krapfl von der Sozietät Gleiss Lutz aus Stuttgart vor. Auf Einladung von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen referierte sie am 16. Januar 2007 im Rahmen des Seminars „Verhandeln und Vermitteln“ über die Erfahrungen bei ihrer Tätigkeit. Anschaulich zeigte sie auf, wie bedeutsam etwa die exakte Benennung der Schiedsgerichtsinstitution sein kann, um spätere Komplikationen zu vermeiden. Frau Dr. Krapfl gab den Hörerinnen und Hörern so einen Einblick in diesen für die anwaltschaftliche Tätigkeit immer wichtiger werdenden Bereich.

### **Mercator School of Management**

Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr referierte am 18. Januar 2007 auf dem Fakultätsseminar der Mercator School of Management in Duisburg über das Thema „Integrierter Börsengang der Deutschen Bahn AG?“.

### **Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Deutschen Arzneimittel- und Medizinprodukteagentur**

Am 30. Januar 2007 fand an der DHV Speyer ein 30-minütiges Interview mit Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas durch das Abendmagazin „Frontal 21“ des ZDF zum „Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Deutschen Arzneimittel- und Medizinprodukteagentur“ statt. Der vorliegende Referentenentwurf ist in seiner Ausgestaltung zwischen verschiedenen Interessengruppen stark umstritten.

### **Besuch aus Shanghai**

In der Zeit vom 1. bis 9. Februar 2007 besuchte Frau Ass. Prof. Cai Aiping vom Shanghai Administrative Institute die Hochschule Speyer, an der sie vom Lehrstuhl Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas betreut wurde. Frau Cai recherchierte während ihres Aufenthalts in der englischsprachigen Literatur der Hochschulbibliothek. Sie führte daneben eine Reihe von Interviews mit Hochschullehrern der DHV Speyer zu Themen der Energie-, Finanzmarkt- und Verkehrsentwicklung. Zugleich ließ sie sich über die Entwicklung des deutschen Infrastrukturrechts informieren.

### **Politik und Recht für Menschen mit Behinderung in Europa und Asien**

Zwischen dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht in München, dem Japan-Zentrum der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der DHV Speyer ist zu Beginn des Jahres 2006 die Fortführung des Forschungsprojekts „Politik und Recht für Menschen mit Behinderung in Europa und Asien – Entwicklungsbedarfe der sozialen und rechtlichen Infrastruktur unter Berücksichtigung nordamerikanischer Erfahrungen“ verein-

bart worden. Zu diesem Zweck wurde Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. R. Pitschas am 9. Februar 2007 vom Max-Planck-Institut zu einem Aufenthalt sowie zur Absprache der Forschungsanteile nach München eingeladen. Die Projektfortführung soll durch Veranstaltung eines Workshops in München vom 21. bis 23. Oktober 2007 inhaltlich vorbereitet werden

### Vermögenspreisinflation

Am Forschungsseminar Radein (Italien) referierte Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr vom 19. bis zum 24. Februar 2007 zum Thema „Vermögenspreisinflation“.

### Besuch von der japanischen National Police Agency

Am 27. Februar 2007 stattete eine Delegation der National Police Agency/General Affairs Division unter Begleitung von Univ.-Prof. Dr. Akio Takahashi, Universität Osaka/Japan dem Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas einen intensiven Besuch zum Gedankenaustausch über das Thema „Kommunale Kriminalprävention“ ab. Die nationale Polizeiagentur Japans beabsichtigt, demnächst wesentliche Veränderungen in der Konzeption der kommunalen Kriminalprävention durchzuführen.

### Einladung zu Symposium

Am 28. Februar und 1. März 2007 veranstalteten die Hanns Martin Schleyer-Stiftung und die Heinz Nixdorf-Stiftung in Berlin das Symposium „Going Global: Die Universitäten vor neuen nationalen und internationalen Herausforderungen“. Auf Einladung der Stiftungen nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas an diesem Symposium mit eigenen Diskussionsbeiträgen teil.

### AWWFK-Sitzung

Am 1. März 2007 tagte der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbil-



AWWFK-Sitzung an der DHV Speyer

Foto: DHV

dung, Forschung und Kultur des Landtages Rheinland-Pfalz (AWWFK) an der Hochschule. Dabei bestand für die Univ.-Professores Dres. Sommermann und Ziekow als Prorektor der DHV Speyer bzw. als Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung die Gelegenheit, die Hochschule, die am 1. Januar 2007 vom Ressort der Staatskanzlei in das des Wissenschaftsministeriums gewechselt ist, kurz vorzustellen. Im Verlaufe der anschließenden Diskussion sicherte Staatssekretärin Dzwonnek der Hochschule ihre Unterstützung bei der Besetzung vakant werdender Lehrstühle zu.

### Forum in Tokyo

Vom 5. bis 11. März 2007 besuchte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas auf Einladung der japanischen Regierung das Kaiserreich Japan, um an dem „Police Policy Forum on Crime Prevention Legislation“ in Tokyo/Japan am 7. März 2007 teilzunehmen. In Zusammenarbeit mit der University of Virginia (Norfolk) und verschiedenen japanischen Universitäten ging es um die künftige Ausgestaltung der Kriminalprävention durch Gesetzgebung. Am 8. März 2007 fand ein entsprechendes Forum an der Kyoto Universität/Japan, School of Government unter Beteiligung von Hochschullehrern der Government School statt. Die Einladung an Pitschas schloss an eine entsprechende Zusammenkunft über Fra-

gen des privaten Sicherheitsgewerbes im Jahr 2003 in Tokyo/Japan an. Pitschas referierte bei diesen Gelegenheiten zum Thema „Öffentliche Sicherheit durch Kriminalprävention – un-

ter besonderer Berücksichtigung der Terrorismusabwehr“.

### Studiengang in Ruanda

Am 9. und 10. März 2007 besuchte Frau Ulrike Haffner vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED) die DHV Speyer. Hier besprach sie mit den Univ.-Professores Dres. Färber, Sommermann und R. Fisch die Einrichtung eines neuen Studiengangs „Leadership Programme“ am „Rwanda Institute of Administration and Management“. Darüber hinaus nahm Frau Haffner an den Lehrveranstaltungen von Prof. Dr. Petzold zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, von Herrn Kurzidem zur Europäisierung des Ausländer- und Asylrechts und von Dr. Otter sowie Herrn Weber zur Lösung strategischer Entscheidungsdilemmata mittels spieltheoretischer Verfahren teil, um einen Einblick in Lehrmethodik an Hochschulen zu bekommen.

### Marburger Gespräche zum Pharmarecht

Auf den 10. Marburger Gesprächen zum Pharmarecht zum Thema „Patientenschutz im neuen Gesundheitssystem“ am 14. März 2007 übernahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas das Eingangsstatement und die Moderation zum Thema „Gesundheitsreform 2007. Rechtliche Bewertung und Handlungsoptionen“.

### 9. Speyerer Gesundheitstage

Am 22. und 23. März 2007 veranstaltete Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und der Landwirtschaftlichen Krankenkassen Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen die 9. Speyerer Gesundheitstage. Die Konferenz stand unter dem Thema „Gesetzliche Krankenversicherung und Wettbewerb – Auf dem Weg zur Gesundheitsreform“. Weit über 100 Personen nahmen an dieser überregionalen Veranstaltung zur neuen Gesundheitsreform teil. Auf ihr ging es im Einzelnen um sozialrechtliche, verfassungsrechtliche, gesundheitspolitische und –ökonomische Problemlagen der künftigen Neustrukturierung des ambulanten und stationären Gesundheitswesens einerseits, der vertragsärztlichen Gesundheitsverantwortung andererseits. Aus der Vielfalt damit gegebener Themen haben die 9. Speyerer Gesundheitstage namentlich die Verbindung der Gesetzgebungsvorschläge mit dem Wettbewerbsgedanken im Gesundheitswesen herausgegriffen und die wettbewerbsrechtlichen Schranken eines selektiven Vertragswettbewerbs sowie die Regelungen zur Arzneimittelversorgung zur Diskussion gestellt. Mit ihrer Hinwendung zu diesen Themen haben die 9. Speyerer Gesundheitstage einen zentralen Beitrag der DHV Speyer zu den Grundfragen und der Implementation der Gesundheitsreform 2007 geleistet. Pitschas referierte bei dieser Gelegenheit zum Thema „Verfassungsrechtliche Gesamtbewertung der Regelungen des Wettbewerbsstärkungsgesetzes in der gesetzlichen Krankenversicherung“.

### Recht der gesetzlichen Unfallversicherung

Am 26. und 27. März 2007 fand in Berlin das 4. Kolloquium des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften zu aktuellen Fragen des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung statt. Auf Einladung des Veranstalters nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Pitschas an diesem Kolloquium mit eigenen Diskussionsbeiträgen zur anstehenden Reform der Organisation und des Leistungsrechts der gesetzlichen Unfallversicherung in Deutschland unter europäischem Einfluss teil.

### Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat der „Chaire Mutations de l'Action Publique et du Droit Public“ der Sciences Po

Am 15. Januar 2007 fand in Paris die Eröffnungsveranstaltung für den bei Sciences Po neu gegründeten Lehrstuhl „Mutations de l'Action Publique et du Droit Public“ (Wandel des Verwaltungshandelns und des öffentlichen Rechts“ mit Vorträgen über Rechtsgleichheit und Effektivität des Verwaltungshandelns statt. Direktor des Innovationslehrstuhls ist Herr Professor Jean-Bernard Auby, zuvor Professor an der Universität Paris II (Panthéon-Assas). Dem Lehrstuhl ist ein international besetzter Wissenschaftlicher Beirat (Comité d'orientation) zugeordnet. In diesen wurde als Vertreter der deutschen Rechtswissenschaft Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann berufen.

### Besserer Sprachstil im Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW

Einen erfolgreichen Abschluss fand das Modernisierungsprojekt „Bürger-nahe Verwaltungssprache“, das das FÖV im Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW

durchführte. Über 6000 Textbausteine für den alltäglichen Schriftverkehr wurden so überarbeitet, dass sie zugleich juristisch präzise und allgemein verständlich sind. Mehr als 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts besuchten Schreib-Werkstätten und schärften dort ihr Bewusstsein für den Sprachstil. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch entwarf Burkhard Margies, M. A., Leitlinien für die Gestaltung von Verwaltungstexten und das Programm der Schreib-Werkstätten. Leitidee des Projekts war, die Beziehung der Bürger zur Verwaltung zu verbessern und das Image der Behördenarbeit aufzuwerten. Die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Projekt können auch für andere Verwaltungen nutzbar gemacht werden.

### SpeyerJournal Nr. 10

Wintersemester 2006/2007

(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer; Tel.: 06232/654-225; Fax: 06232/654-208; E-Mail: strohm@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm

Lektorat: Hildegard Grijfmer

Druck: DHV Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: DHV, DHV-Archiv, Manfred Rinderspacher

Umschlag: Eintrag ins Gästebuch der Hochschule und ins goldene Buch der Stadt Speyer durch BMI Dr. Schäuble  
Foto: DHV

## Justizreform und Rechtsstaatlichkeit

Forschungssymposium anlässlich des 100. Geburtstages von Carl Hermann Ule

Unter der wissenschaftlichen Leitung von em. o. Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten, Speyer, fand am 28. Februar und 1. März 2007 unter dem Titel „Justizreform und Rechtsstaatlichkeit“ ein Forschungssymposium anlässlich des 100. Geburtstages von Carl Hermann Ule (26.2.1907 – 16.5.1999) im Vortragssaal der Hochschule statt. Der amtierende Rektor, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, konnte eine Vielzahl namhafter Gäste aus Wissenschaft, Verwaltung und aus der Richterschaft sowie Familienmitglieder und Weggefährten des großen Staats- und Verwaltungsrechtlers Ule begrüßen.

Mit einer rechtspolitisch richtungweisenden Rede eröffnete Staatsminister Dr. Heinz Georg Bamberger, Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz, die Tagung mit Blick auf die Möglichkeiten „Zur Vereinheitlichung der Fachgerichtsbarkeiten“, im Spannungsfeld rechtsstaatlicher und effizienzbetonter Argumente. Einen dogmatisch ebenso wie rechtshistorisch, aber auch persönlich bedeutsamen Aspekt der sich in der jungen Bundesrepublik unter dem Grundgesetz etablierenden Kunstfreiheit beleuchtete em. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Klaus Stern:

„Eine vergessene Episode in Carl Hermann Ules Richterleben: Sein Eintreten für die Filmkunstfreiheit“, mit Blick auf die wegbereitende Rolle des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg wegen Verbots des Films „Die Sünderin“ (Urt. v. 4.11.1952, NJW 1953, S. 237 ff.).

Em. Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König entwarf unter dem bezeichnenden Titel „Ein Prozessualist: Erinnerungen an Carl Hermann Ule“, ein intensives Bild des Streiters für Verwaltungsprozessordnung und Verwaltungsverfahrensgesetz. Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, behandelte in seinem Vortrag den (noch mit einem Fragezeichen versehenen) „Abschied von der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle von Bebauungsplänen? Ein Drama in mehreren Akten“, Ministerialdirigent a. D. Dr. Jens Meyer-Ladewig nahm in seinem Beitrag „Zur

Aktualität einer einheitlichen Verwaltungsprozessordnung“ den argumentativen Bogen zum Grundsatzreferat des Justizministers wieder auf.

Und em. Univ.-Prof. Dr. Hans-Werner Laubinger beleuchtete in seinen Gedanken „Zur Reform des Beamtenrechts“ kritisch die aktuellen Entwicklungen im Schatten der Diskussion um die neuen Bezahlungsstrukturen nach dem Strukturreformgesetzentwurf (in ihrer Verzahnung mit einem erweiterten und nicht unproblematischen System der Bezahlung nach Leistung) und den Entwurf zu einem Beamtenstatusgesetz.

Bereits in seiner Einführung zur Tagung hatte Detlef Merten einige charakteristische Linien des Wissenschaftlers und der Persönlichkeit Carl Hermann Ules aufgezeichnet und unter anderem darauf hingewiesen, dass Ule schon früh mit bedeutenden Aussagen zur Weiterentwicklung und Vertiefung rechtsstaatlichen Denkens an der Hochschule Speyer hervorgetreten ist; genannt sei seine Speyerer Antrittsvorlesung über das Verhältnis von Verwaltungsstaat und Rechtsstaat. Ule habe bald auch „das Tor ins Ausland auf-

gestoßen“ und einen ganz wesentlichen Beitrag zur Internationalisierung der Staatswissenschaften geleistet. Von grundlegender Bedeutung sei insbesondere Ules noch heute in eindrucksvoller Weise nachwirkende wissenschaftliche Verbindung zu Japan (vgl. nur den Beitrag Ules „Rechtspolitik und Rechtstatsachenforschung im Bereich des Verwaltungsprozeßrechts“ für das Keio Law Review, 1983, aus Anlass der 125jährigen Gründung der Keio-Universität). Hingewiesen wurde auch auf die Würdigung Ules durch Klaus Stern aus Anlass des Gedächtnis-Symposiums „Verfahrensrecht in Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit“ (Schriftenreihe der Hochschule Bd. 142, S. 29 ff.). Auch zu dem aktuellen, ganz im Zeichen von Justiz und Rechtsstaat, zwei der zentralen Forschungsgegenstände Ules stehenden Symposium wird ein Tagungsband erscheinen.

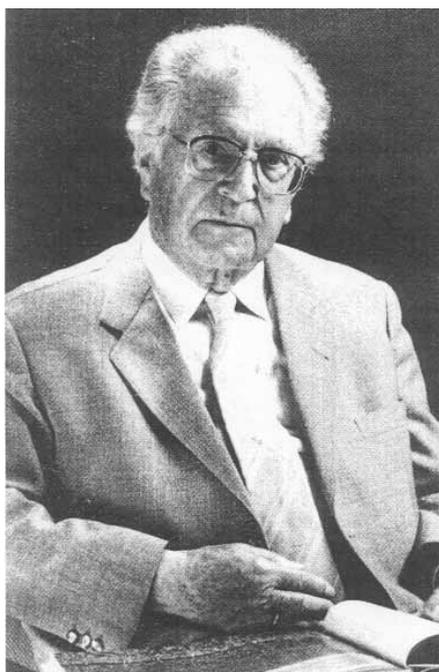


Foto: DHV -Archiv

*Carl Hermann Ule*

## Komplexitätsmanagement bei großen Veränderungsvorhaben



Seminar zum Komplexitätsmanagement

Foto: DHV

Die Mehrzahl von Veränderungsvorhaben in Organisationen erreichen nicht die angestrebten Ziele. Insbesondere in Verwaltungsbereichen scheinen viele Vorhaben zu „versickern“ oder werden immer wieder neu erfunden. Gründe dafür liegen in den hohen kogniti-

ven Anforderungen der Aufgabe, eine Behörde im laufenden Betrieb unter Beibehaltung ihrer Leistungsfähigkeit zu verändern. Komplexitätsmanagement wird daher zum Schlüssel für den Erfolg von Veränderungen. Gründe für mögliche Misserfolge sind unter anderem in der jeweiligen Verwaltungskultur zu suchen.

Vom 10. bis zum 13. Oktober 2006 widmete sich daher ein von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch geleitetes Seminar auf der Grund-

lage eines Planspieles der politisch-administrativen Reform eines Landes. Das Planspiel diente dazu, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Phänomene und Prozesse beim Bearbeiten einer komplexen, politisch-administrativen Aufgabe zunächst zu verdeutlichen, bevor die Themen „Zielorientiertes Handeln bei komplexen Aufgaben“, „Organisationsgestaltung“, und „Entscheidungsunterstützende Verfahren“ erarbeitet wurden. So konnten basierend auf einem laufenden Forschungsprojekt und einem realitätsnahen Szenario die kognitiven und organisationellen Voraussetzungen des Gelingens von Veränderungsvorhaben praxisnah und wissensbasiert vermittelt und förderliche und hinderliche organisationskulturelle Faktoren aufgezeigt werden.

## 18. Europa-Seminar Speyer

Mit der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten und der Unterzeichnung des Vertrages über eine „Verfassung für Europa“ hat der europäische Integrationsprozess eine weitere wichtige Stufe erreicht. Um die neuen Möglichkeiten, die sich dadurch auftun, nutzen zu können, ist es für Entscheidungsträger in Verwaltung und Wirtschaft unerlässlich, über vertiefte europaspezifische Kenntnisse zu verfügen. Das Europa-Seminar Speyer soll einen Beitrag dazu leisten, das notwendige Fachwissen zu vermitteln. Daher beschäftigte sich das 18. Europa-Seminar Speyer vom 10. bis 13. Oktober 2006 unter der Leitung der Univ.-Professores Dres. Siegfried Magiera und Karl-Peter Sommermann mit den aktuellen Herausforderungen, die von der Europäischen Union zu bewältigen sind. Behandelt wurden in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung in Maastricht u. a. die Themenkreise „Nationale Identität und supranationale Homogenität“, „Neue Instrumente der europäischen Umweltpolitik“, „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ und „Die Finanzierung der Europäischen Union. Exkursionen zur BASF AG in Ludwigshafen, zum Centre des Etudes Européennes de Strasbourg und zum Europäischen Ge-

richtshof für Menschenrechte dienten der Vertiefung der Seminargegenstände durch direkte Diskussion mit hochkarätigen Referenten vor Ort. So standen Dr. h.c. Renate Jaeger, Richterin am EGMR, Dr. Eckart Sünner, Zentralbereich Recht, Steuern und Versicherung der BASF, Univ.-Prof. Dr. Dres. h. c. Thomas Oppermann, Universität Tübingen und François-Gilles Le Theule, Directeur, Centre des Etudes, Européennes de Strasbourg, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als Diskussionspartner zur Verfügung.

Das inzwischen bereits 18. Europa-Seminar an der DHV Speyer  
Foto: DHV

## Wissens- und Technologietransfer – Netzwerkmanagement, Wissensbilanzierung, Patentverwertung

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, aber auch Unternehmen werden zunehmend an ihrem Beitrag zum Wissens- und Technologietransfer gemessen. Möglichkeiten, das verfügbare Wissen innerhalb von Organisation zu erschließen sowie Wissen und Technologien erfolgreich über Schnittstellen hinweg zu transportieren, standen im Zentrum der Tagung „Wissens- und Technologietransfer – Netzwerkmanagement, Wissensbilanzierung, Patentverwertung“. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen kamen vom 18. bis zum 20. Oktober 2006 Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Wissenschaftspolitik an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zusammen, um die Möglichkeiten erfolgreichen Wissens- und Technologietransfers auszuloten.

Die Tagung stellte erfolgreiche Transfermodelle aus Hochschulen und außeruniversitärer Forschung und die Wege und Probleme ihrer Implementierung vor.



Engagierte Vorträge auf der von Univ.-Prof. Dr. Dorothea Jansen (l.) geleiteten Tagung Foto: DHV

Dabei wurde danach gefragt, welche Rolle innerorganisatorische Transferbüros, welche Rolle Unternehmen und welche Rolle Netzwerke und landesweite oder Institutionen übergreifende Transfer- und Patent-Agenturen in diesem Prozess spielen und wie die Schnittstellen zwischen Grundlagenforschung und Anwendung, zwischen Hochschulen und Industrie funktionieren.

Mit einem Überblicksvortrag zu den aktuellen Trends des Wissens- und Technologietransfers leitete PD Dr. Ulrich Schmoch vom Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe den

ersten Themenblock des Forums ein. Anschließend demonstrierten drei Beispiele, wie erfolgreiche Organisationsmodelle ausgestaltet werden können. Heinz Kraus, Geschäftsführer des Transferzentrums Mittelhessen mit Sitz in Gießen, zeigte auf, wie Hochschulen beim Technologietransfer erfolgreich kooperieren können. Auf die besonderen Herausforderungen im Bereich der Life-Sciences ging Dr. Peter Ruile von der Ascension GmbH aus München ein. Welche Rolle Unternehmungsgründungen bei der Innovationsverwertung einnehmen, zeigte Dr. Ralph Wiegand, Geschäftsführer der Business + Innovation Center Kaiserslautern GmbH, auf.

Der zweite Tag begann mit einem Themenblock zum Netzwerk- und Schnittstellenmanagement aus der Sicht verschiedener beteiligter Organisationen. Die Sicht forschender Unternehmen stellte Dr. Frank Kalkbrenner, Vice President der Boehringer Ingelheim Pharma aus Biberach vor, die Sicht des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg als Einrichtung der Grundlagenforschung präsentierten Prof. Dr. Christoph von Kalle und Dr. Ruth Wellenreuther. Am Beispiel des Maas-Rhein-Dreiecks behandelte Bernd Thomas, Geschäftsführer der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH, die besonderen Anforderungen an grenzüberschreitende Kooperationen. Um die Qualität der Netzwerke sicherstellen zu können, bedarf es Konzepten zur Qualitätssicherung und zum Benchmarking, die von Dr. Bernd Hausberg vom VDI Technologiezentrum in Düsseldorf vorgestellt wurden. Am Nachmittag standen dann Wissensbilanzen und Wissensmanagement auf dem Tagungsprogramm. Prof. Dr. Klaus North von der Fachhochschule Wiesbaden befasste sich mit der Frage, wozu Wissensbilanzen dienen können und sollten, während Harald Titz vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Wien die bereits bestehenden Wissensbilanzierungen an österreichischen Hochschulen diskutierte. Wie prozessorientiertes Wissensmanagement aussehen kann, präsentierte Bodo Winkler von Siemens Medical Solutions aus Erlangen am Beispiel von Forschungs- und Entwicklungsprojekten.

Thomas May, Kanzler der Ludwig-Maximilians-Universität München, eröffnete den vierten Themenblock zur Patentverwertung mit einem Vortrag über die rechtlichen und finanziellen Bedingungen der Patentverwertung in Hochschulen. Von den Erfahrungen mit der Konzeption und Finanzierung eines landesweiten Lizenzbüros berichtete Florian Schwabe vom Technologie-Lizenz-Büro der Baden-Württembergischen Hochschulen in Karlsruhe. Die außeruni-

versitäre Perspektive auf Patentverwertungen stellte Ulrich Mahr von der Garching Innovation GmbH aus München abschließend vor.

Die Diskussionen zu den Vorträgen unterstrichen die erweiterte Rolle von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Wissens- und Technologietransfer. Neben der Ausbildung hoch qualifizierter Absolventen gewinnen vermehrt Netzwerkmanagement und Patentverwertung als Instrumente des Transfers an Relevanz. Die Aufgaben von Transferstellen bestehen sowohl in der Kontaktpflege zu Wissenschaft und Wirtschaft, als auch in der Hilfe bei der Überbrückung von bisher noch auftretenden Finanzierungslücken im Innovationsprozess zwischen (Grundlagen) Forschung und Entwicklung. Für die Wissenschaftseinrichtungen ergibt sich dabei ein Spektrum von Anforderungen, das von exzellenter Forschung für eine verbesserte Sichtbarkeit in der Wirtschaft, über die Reflexion verwertbarer Wissensbestände durch Bilanzierungen bis hin zur Gründung von Spin-Off-Unternehmen reicht.

Mit Inkrafttreten des Arbeitnehmererfindungsgesetzes wird die Patentverwertung durch Wissenschaftseinrichtungen immer wichtiger. Patentverwertungsagenturen müssen durch ihre Dienstleistungen für die Erfinderinnen und Erfinder einen erkennbaren Mehrwert schaffen. Der Service reicht dabei von der Vereinfachung von Anmeldeformularen bis hin zur Verteidigung der Patente bei Patentverletzungen. Für eine erfolgreiche Arbeit der Agenturen ist das Erreichen einer kritischen Masse wichtig, die aufgrund der hohen Ausfallwahrscheinlichkeit bei mindestens 100 bis 150 Patenten im Jahr liegt. Ob dies eine Konzentration auf einzelne Bereiche wie etwa die Life-Sciences erlaubt und ob ein exklusives Vertretungsrecht der Agenturen, das bestehende Wege des Transfers behindern könnte, erforderlich ist, musste in der Diskussion offen bleiben. Auch bei einer gelungenen Ausgestaltung vergeht jedoch geraume Zeit, bevor Patente und Lizenzgebühren einen nennenswerten Beitrag zur Finanzierung der Forschungsarbeiten leisten können.

## Anreizorientierte Entgeltsysteme im öffentlichen Dienst Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und die neue Dienstrechtsreform

(Mehr) Leistung durch Bezahlung? Durch die Einführung „leistungsorientierter“ Entgeltsysteme sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu mehr und zu besseren Leistungen motiviert werden. Die Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst ermöglicht erstmals eine leistungsorientierte Bezahlung und wirft damit eine Reihe von Fragen und Unsicherheiten bezüglich der Umsetzung auf. Vom 16. – 17. Oktober 2006 wurden diese Problemstellungen unter der wissenschaftlichen Leitung der Univ.-Professoren Dr. Holger Mühlenkamp, Dr. Rudolf Fisch und Dr. Dr. h. c. Heinrich Siedentopf im Rahmen einer Weiterbildungsveranstaltung thematisiert.

Der erste Teil der Veranstaltung wurde neben der grundlegenden Darstellung der Entwicklungslinien reformpolitischer Bemühungen im öffentlichen Dienst und der ökonomischen Wirkungsmechanismen von Anreizsystemen insbesondere für die Information der Veranstaltungsteilnehmer über den aktuellen Stand der Reformmaßnahmen (TVöD, Strukturformgesetz) genutzt. Darüber hinaus wurden die mitunter unterschiedlichen Sichtweisen der politischen Ebene (Bund, Länder, Kommunen) auf der Arbeitgeberseite einerseits und auf der Arbeitnehmerseite (Gewerkschaften) andererseits beleuchtet und diskutiert. Im zweiten Teil der Veranstaltung konnte erörtert werden, inwieweit Erfahrungen aus früheren Reformbestrebungen aus der Privatwirtschaft – hierzu

berichtete ein Referent der BASF AG Ludwigshafen – und aus anderen Ländern – hierzu informierte ein Referent aus dem Innenministerium Baden-Württembergs – hilfreich sein können, um die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu motivieren. Des Weiteren konnten sich die Veranstaltungsteilnehmer durch einen Vortrag eines Vertreters aus dem Eidgenössischen Personalamt Bern über den Umgang mit Beurteilungs- und Bezahlungssystemen in der Schweiz informieren.

Die Veranstaltung war ursprünglich als Forum (bis zu 50 Teilnehmende) geplant und wurde aufgrund der großen Nachfrage für einen größeren Teilnehmerkreis geöffnet. Die Veranstaltung kann als sehr erfolgreich eingeschätzt werden. Dafür sprechen die Rückmeldungen der Teilnehmenden, die insbesondere die Breite der Themen und der eingeladenen Referenten positiv hervorhoben. Während der Diskussionen wurde deutlich, dass diese Veranstaltung thematisch fortgeführt werden sollte. Es wurde mehrfach großes Interesse bekundet, auf der Veranstaltung aufbauend, in zukünftigen Veranstaltungen detaillierter in das Thema der leistungsorientierten Bezahlung und dessen praktische Umsetzungsmöglichkeiten einzugehen.

## Verwaltungsmodernisierung – Erfahrungen und Perspektiven

Die jährlich stattfindende Veranstaltung zur Verwaltungsmodernisierung wurde auch im letzten Jahr wieder von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill durchgeführt. Teilnehmer aus allen Verwaltungsebenen tauschten sich vom 18. bis 20. Oktober 2006 sowohl über praktizierte und bewährte Maßnahmen als auch über neuere Ansätze aus. Schwerpunkte lagen in den Bereichen nachhaltige Wertschöpfung, Organisationskonzepte, Wirtschaftlichkeitsanalyse und Evaluation sowie Wissensmanagement.

### Nachhaltigkeit

In Rheinland-Pfalz wurde eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Ökonomische Bedürfnisse, ökologische Erfordernisse und sozialer Ausgleich sollen darin zusammengeführt werden. Auf vielfältigen Handlungsfeldern – z. B. Bewahren der natürlichen Lebensgrundlagen, Stärkung der Wirtschaft, Weiterentwicklung einer lebenswerten

Gesellschaft – werden Maßnahmen ergriffen, die es auch nachfolgenden Generationen noch ermöglichen, in eine Zukunft mit Perspektive zu schauen.

### Organisationskonzepte

Zu diesem Themenkomplex gab es zwei einführende Vorträge: zunächst ging es um „Modernisieren als komplexe Organisationsaufgabe“, was am Beispiel der Bundeswehr dargestellt wurde. Daran anschließend informierte ein Vertreter des Bundesministeriums des Inneren über „Aktuelle Modernisierungskonzepte in der Bundesverwaltung“. Maßnahmen werden auf den Gebieten Personalmanagement, Steuerung und E-Government im Rahmen einer Gesamtstrategie ergriffen.

An den letzten Punkt dieses Vortrags, das Organisationsmodell des „Shared Service Center“, schlossen sich die beiden folgenden Vorträge

an. Dieses Dienstleistungsmodell wird sowohl in der Bundesfinanzverwaltung als auch in der hessischen Landesverwaltung umgesetzt.

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung dürfen Überlegungen zum E-Government nicht fehlen. Ein Vertreter des Instituts für eGovernment behandelte die Frage, welche Rolle es bei eventuellen Gebietsreformen spielt und stellte die These auf, dass durch eine „virtuelle Regionalisierung“ jegliche Gebietsneuzuschneide vermieden werden könnten.

Des Weiteren brachte der Vortrag zum Modell-



Auf der Suche nach neuen Organisationskonzepten: Tagung zur Verwaltungsmodernisierung  
Foto: DHV

kommunen-Gesetz Niedersachsen ein praktisches Beispiel und erste Erfahrungen zur Regulierung. Das Gesetz erlaubt es ausgesuchten Kommunen, unter festgelegten Voraussetzungen bestimmte landesrechtliche Vorschriften modifiziert oder gar nicht anzuwenden, abweichende Fristen festzulegen oder andere Zuständigkeiten zu vereinbaren.

Den Einfluss des europäischen Gemeinschaftsrechts auf die Verwaltungsmodernisierung zeigte eingehend das Referat über die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die einen sogenannten einheitlichen Ansprechpartner vorsieht. Er soll Verfahren und Formalitäten im Zusammenhang mit der Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten abwickeln sowie Informationsaufgaben wahrnehmen. Dies diene dazu, genannte Tätigkeiten erleichtert aufzunehmen sowie das Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

### Wirtschaftlichkeitsanalyse und Evaluation

Vier Vorträge erhellten den Themenbereich Wirtschaftlichkeitsanalyse und Evaluation. Am Beispiel des Forschungsprojekts „10 Jahre kommunale Verwaltungsmodernisierung“ wurde aufgezeigt, wie Projekte überhaupt auszuwerten sind. Danach werden die Auswirkungen von Modernisierungsmaßnahmen in zwei Schritten untersucht, indem erstens die praktischen Änderungen im (Arbeits- und Organisations-) Ablauf und zweitens deren tatsächliche Wirkungen analysiert werden.

Damit öffentliche Verwaltungen wirtschaftlicher arbeiten, wurden z. B. in Nordrhein-Westfalen Produkthaushalte eingeführt. Auch die Wirkungen der aktiven Nutzung von E-Government dürfen nicht unterschätzt werden.

Nicht nur in Deutschland, auch in der Schweiz werden Wirtschaftlichkeitsanalysen durchgeführt, um Sparpotenzial offen zu legen.

### Wissensmanagement

Der letzte Veranstaltungstag stand ganz unter dem Motto Wissensmanagement. Dem unwiederbringlichen Verlust von (internem) Wissen aus-

scheidender Mitarbeiter muss durch Wissensmanagement frühzeitig entgegengewirkt werden. Darüber hinaus sollte jegliches Wissen der aktiven Mitarbeiter allen anderen zur Verfügung stehen, damit z. B. Daten nicht doppelt erhoben oder bestimmte Probleme nicht zweimal gelöst werden müssen.

Wissensmanagement kann durch die Nutzung von Internet-Plattformen oder durch Mitarbeiterportale geschehen. Jedenfalls spielt auch hier die elektronische Verwaltung eine wichtige Rolle.

Die große Anzahl der Teilnehmer sowie das umfangreiche Programm zeigen, dass die Veranstaltung auch diese Jahr wieder aktuelle Felder der Verwaltungsmodernisierung behandelte. Durch den regelmäßigen Turnus ist sie schon fester Bestandteil des Tagungs- und Weiterbildungsprogramms geworden.

B. R.

## Personalentwicklung – Quo vadis?

Mit über 180 Teilnehmern stieß die von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill geleitete Tagung vom 13. bis 15. September 2006 zu aktuellen Fragen der Personalentwicklung auf großes Interesse. Die große Resonanz zeigt, dass die Personalverantwortlichen in Zeiten der Verwaltungsmodernisierung weiterhin Bedarf an Austausch über Personalthemen sehen.

Die öffentliche Verwaltung muss auf vielfältige Herausforderungen mithilfe kompetenter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reagieren. Über welche konkreten Fähigkeiten das Personal verfügen sollte und wie es der Verwaltung gelingt, die Potenziale zu entwickeln, wurde anhand von Praxisbeispielen aus Bund, Ländern und Kommunen erörtert.

Am ersten Veranstaltungstag wurden anhand einführender Referate die Herausforderungen klar dargestellt und diskutiert.

Der erste Vortrag von Hill beschäftigte sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Personalentwicklung. Maßnahmen zum Umgang mit z. B. der veränderten

Personalstruktur aufgrund von Frühpensionierungen oder Altersteilzeit, der Rekrutierung qualifizierten Personals, sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben wurden in ein „Haus der Arbeitsfähigkeit“ integriert, dessen einzelne Felder Gesundheit und Arbeitsschutz, Arbeitsgestaltung und -organisation, Qualifizierung sowie Führung und Unternehmenskultur beherbergen.

Daran anschließend wurden Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorgestellt. Zukünftig wird es nicht mehr hauptsächlich um die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern gehen, sondern zunehmend um die Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege älterer Angehöriger. Mögliche Angebote können z. B. halbtägige Fortbildungsveranstaltungen, die vermehrte Einrichtung von Telearbeitsplätzen oder ein Jahresarbeitszeitkonto sein. Wichtig ist es darüber hinaus, den Kontakt zu Beurlaubten beizubehalten.

Beim Thema „Personalentwicklung und Verwaltungsmodernisierung“ wurde betont, dass die Personalentwicklung eine eigenständige Säule der Verwaltungsmodernisierung darstellt. Sie

muss als Daueraufgabe im gesamtheitlichen Kontext angegangen werden, wobei alle Beteiligten in gleichem Maße Verantwortung zu tragen haben.

Der Zusammenhang „Personalentwicklung und Haushaltskonsolidierung“ ist sehr komplex. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist effektives Personalmanagement unverzichtbar: da kaum Neueinstellungen erfolgen, ist das vorhandene Personal optimal einzusetzen. Personalüberhang muss nachfrage- und bedarfsorientiert qualifiziert werden; außerdem sind gegebenenfalls neue Aufgabenfelder zu erschließen.

Darauf aufbauend konnten am folgenden Tag konkrete Personalentwicklungskonzepte vorgestellt und kritisch hinterfragt werden.

Bei der Personalentwicklung auf kommunaler Ebene wurden zunächst Handlungsbedarfe festgestellt, die sich aufgrund der Demografie und der Umsetzung des TVöD ergeben. Darüber hinaus darf sich die PE nicht auf die Mitarbeiterebene beschränken, sondern soll auch die Führungskräfte als Zielgruppe im Auge haben.

Der TVöD hat es sich zum Ziel gesetzt, Leistungsorientierung und PE stärker zu verbinden, indem z. B. ein Teil des Entgeltes leistungsorientiert bemessen wird. Dies setzt bestimmte Standards voraus, damit eine (relativ) objektive Bewertung möglich wird und das betroffene Personal weiß, an welcher Messlatte es sich zu orientieren hat. Standards können sich auf die Menge oder Qualität der geleisteten Arbeit beziehen, auf die Wirtschaftlichkeit der Erledigung oder das Verhalten des Mitarbeiters. Bei den verhaltensbedingten Standards spielt die Teilnahme an PE-Maßnahmen eine Rolle.

Verankert werden Leistungsstandards über Zielvereinbarungen oder ein strukturiertes Bewertungsverfahren.

Am letzten Tag wurde über Mentoring als zukunftsträchtiges PE-Instrument diskutiert. Schwierigkeiten bereitet danach besonders das Zusammenbringen passender Teams, da sie sowohl auf persönlicher als auch auf fachlicher Ebene harmonieren sollen. Darüber hinaus ist der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses wichtig. Jedoch dürfen die Persönlichkeiten nicht zu gleich sein, damit jeder vom Verhalten des anderen lernen kann.

Die Teilnahme an einem Mentoring-Programm soll beiden Seiten, dem Mentor und dem Mentee, Vorteile bringen. Einerseits soll der Mentor dem Mentee Vorbild sein, Einblick in seinen Arbeitsalltag gewähren und zeigen, wie er mit be-

stimmten Situationen umgeht. Auf der anderen Seite können Gespräche mit dem Mentee ihn auch dazu bewegen, sein Verhalten zu überdenken.

Anschließend wurde ein Konzept der Stadtverwaltung Düsseldorf zum betrieblichen Gesundheitsmanagement vorgestellt, dem ein ganzheitlicher Ansatz zugrunde liegt. Gesundheitsförderung muss mehr sein als bloßer Arbeitsschutz. Vielmehr müssen auch Aspekte der Ernährung, der Bewegung, des Arbeitsklimas und der Arbeitsbelastung sowie des privaten Umfeldes betrachtet werden.

Ein Vertreter der Führungsakademie Baden-Württemberg sah die Fortbildung als wichtigstes Element der PE. Damit sie jedoch nicht plan- und ziellos erfolgt, solle ein sogenanntes „integriertes Bildungsmanagementsystem“ eingeführt werden. Damit solle das jeweilige Fortbildungsangebot dargestellt und der Fortbildungsbedarf ermittelt werden. Nach Anmeldung zu einer Maßnahme könne dort auf elektronischem Weg das Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt werden.

Es sei auch an ein Wissensportal zu denken, das ein von jedem Mitarbeiter persönlich zu pflegendes Profil mit dessen Kompetenzen und Nachweisen dazu enthält.

Die erfolgreiche Tagung vermittelte wieder einmal konkrete Praxisbeispiele der PE und bot den Personalverantwortlichen sicherlich den einen oder anderen Impuls für neue Maßnahmen in ihrer Institution.

*B. R.*

## 9. Speyerer Demokratietagung Defizite in der Korruptionsbekämpfung und der Korruptionsforschung

Die 9. Speyerer Demokratietagung unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Hans Herbert von Arnim beschäftigte sich am 26. und 27. Oktober 2006 mit besonders korruptionsanfälligen Bereichen in Staat und Gesellschaft, die auch die wissenschaftliche Forschung bisher eher stiefmütterlich behandelt. Korruption ist mittlerweile als Übel allgemein erkannt.



Eröffnungsreferat durch Univ.-Prof. Dr. von Arnim

Den Kampf dagegen haben sich Staat, Verwaltung und Wirtschaft erklärtermaßen aufs Panier geschrieben. Dabei wird aber leicht übersehen, dass es nach wie vor riesige Lücken und Schwachstellen bei der Bekämpfung von Korruption gibt, die auf andere Bereiche ausstrahlen und es auch dort erschweren, energisch gegen Korruption vorzugehen.

Für die Korruption besonders anfällige Bereiche sind: die Kommunen, die Europäische Union sowie ganz generell die Politik und die Wirtschaft. Das hat systemische Gründe: In den Kommunen ist die öffentliche Kontrolle ausgesprochen schwach. In der Europäischen Union sind die Anreize zur Korruption besonders ausgeprägt, gleichzeitig leidet die Kontrolle Not. Bei der Bekämpfung politischer Korruption entscheiden Politiker in eigener Sache. In der Wirtschaft ist der Korrekte oft der Dumme im Wettbewerb. Hinzu kommt die fortschreitende Ökonomisierung von Staat und Verwaltung einschließlich der neu entdeckten Neigung zum Sponsoring. Dadurch drohen überkommene Hemmungen gegen Korruption abgebaut zu werden. Das Ziel der Veranstaltung war, das Augenmerk von Forschung und Praxis verstärkt auf diese besonders korruptionsanfälligen und bisher vernachlässigten Bereiche zu lenken.

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim konnte auch für die 9. Speyerer Demokratietagung wieder namhafte Referenten gewinnen. So referierte Siim

Kallas, Vizepräsident der Europäischen Kommission, über „Bekämpfung der Korruption in der Europäischen Union“. Dr. Heinz Georg Bamberger, Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz, hielt einen Vortrag über „Korruption und ihre Bekämpfung in Deutschland“. Der Frage, ob Gemeinden „Nährböden der Korruption“ sind, ging Dr. Thomas Leif, Chefreporter des Südwestrundfunks, nach. Neben renommierten Praktikern bereicherten auch ausgewiesene Wissenschaftler die Tagung. Das Referat „Lücken in der Korruptionsforschung“ hielt beispielsweise die Kriminologin Prof. Dr. Britta Bannenberg.

Die Tagung war mit über 150 Teilnehmern, zu meist hochkarätige Praktiker der Korruptionsbekämpfung aus Bund und Ländern, gut besetzt. Sie bildete ein außerordentlich fruchtbares Forum für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis über bisher vernachlässigte Bereiche der Korruptionsbekämpfung und Korruptionsforschung. Die verschiedenen Vorträge ergänzten sich sehr gut, und es gab zahlreiche übergreifende Themen, die immer wieder in den Referaten und Diskussionen zur Sprache kamen, beispielsweise Ökonomisierung von Staat und Gesellschaft, Wertewandel, Gestaltungsmöglichkeiten der Politik sowie Probleme der Korruptionsforschung. Das Generalthema Korruption ist weiterhin von besonderer Relevanz.

*Sebastian Wolf*



Spannende Tagung an der DHV Speyer

Fotos: DHV

# MODERNER STAAT

10. FACHMESSE UND KONGRESS

10 Jahre Informationsplattform für Innovatoren



28.-29. NOVEMBER 2006 | MESSEGELÄNDE BERLIN

Am 28. und 29. November 2006 war die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zum inzwischen zweiten Mal als Partner der Messe MODERNER STAAT mit einem Stand auf dem Berliner Messegelände vertreten. Auf dem die Messe begleitenden Fachkongress zeichnete die Hochschule inhaltlich verantwortlich für gleich sieben Kongressforen:

1. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Holger Mühlenkamp ging es um wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung - Möglichkeiten und Grenzen.
2. Das Thema Elektronische Aktenführung und Nachhaltigkeit des Aktenzugriffs - ein Widerspruch? stand im Interessensmittelpunkt des von Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch geleiteten Forums.
3. Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne M. A., widmete sich in seinem Forum dem Umweltgesetzbuch (UGB) vor dem Hintergrund der Föderalismusreform in Deutschland.
4. Die Föderalismusreform und Staatsmodernisierung: Erfolgsbedingungen und -chancen waren die Gegenstände des von Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber geleiteten Forums.
5. Professorin Dr. Marga Pröhl widmete ihren Beitrag den Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Personalmanagement im öffentlichen Sektor.
6. Mit dem Thema e-health - Chancen und Perspektiven im Gesundheitswesen durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien setzte sich das von Univ.-Professor Dr. Bernd Wirtz geleitete Forum auseinander.
7. Univ.-Professor Dr. Andreas Knorr beleuchtete in seinem Forum das Thema PPP in der Verkehrswegeinfrastruktur: Potentiale und Risiken.



Gut besuchter Messestand der DHV Speyer



Eröffnungsrunde mit Univ.-Professor Dr. Hill (ganz links)

Kongressbesucher beim Eröffnungspodium  
Fotos: DHV

Das Forum von Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber (m.) mit Antje Tillmann, M. d. B., (l.) und Dr. Antje Draheim (r.)



Der Haupteingang der Messe in Berlin

Wie bereits im vergangenen Jahr stieß die Messepräsenz der Hochschule auf große Resonanz. Sowohl in den einzelnen Foren, deren Leiter für die Vorträge und die anschließenden Diskussionen besonders ausgewiesene und hochrangige Experten gewinnen konnten, als auch am Messestand der Hochschule herrschte emsige Betriebsamkeit. Besonders nachgefragt waren die verschiedenen Weiterbildungsangebote der DHV Speyer. Hinsichtlich des Studiums konzentrierten sich die Nachfragen auf den Bereich einer Masterausbildung und auf das Speyerer Promotionsstudium.

Die Messe hat sich als hervorragende Plattform zur Präsentation der Hochschule und auch des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung erwiesen, das sich am Messestand gemeinsam mit der DHV Speyer präsentierte.

Mit 3.260 Besuchern, von denen fast 60 Prozent aus einem Umkreis von mehr als 300 Kilometern nach Berlin gereist waren, und 196 ausstellenden Unternehmen und Institutionen erzielte die Messe im 10. Jahr ihres Bestehens einen beeindruckenden Größenrekord. Damit konnte sie ihre Rolle als Gipfeltreffen der öffentlichen Verwaltung und ihre bundesweite Leitfunktion untermauern.



Forum von Univ.-Prof. Dr. Mühlkamp zu Möglichkeiten und Grenzen wirkungsorientierter Verwaltungssteuerung



Am Rande der Messe: Univ.-Prof. Dr. Hill im Gespräch

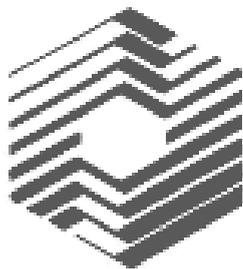
Nach einer Umfrage lagen die Interessenschwerpunkte der Besucher insbesondere im Verwaltungsmanagement (42,2%) und bei den Themen eGovernment und IT-Sicherheit (jeweils 25%). Aber auch Themen wie wirkungsorientierte Steuerung, Personalkostenmanagement und die Bezahlung von Leistungsentgelten nach dem neuen Tarifrecht stießen auf großes Interesse. Hinzu kam das zunehmend an Bedeutung gewinnende Thema der Vernetzung von Verwaltungen. Deutlich wurde aber insbesondere in der die Messe unter Beteiligung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill einleitenden Podiumsdiskussion „Wie verändert Europa die Verwaltung?“ auch, dass Brüssel durch die neue, bis 2009 umzusetzende EU-Dienstleistungsrichtlinie weiter an Bedeutung gewinnen wird. Dies gilt umso mehr als ca. 70 Prozent der auf europäischer Ebene erlassenen Rechtsvorschriften durch Kreise, Städte und Kommunen umgesetzt werden müssen.

An der DHV Speyer haben in Zusammenarbeit mit der Messe Reed GmbH bereits die Planungen für die Mitwirkung der DHV Speyer an der Messe Moderner Staat 2007 als Partner bereits begonnen.



Forum von Prof. Dr. Pröhl, hier mit Willi Thiele und Beatrix Behrens (v. l.)

## Führungskolleg Speyer



Im Führungskolleg Speyer fanden im vergangenen Halbjahr vier der 12 Kurswochen statt. Zwei davon absolvierten die Teilnehmer in Speyer, die beiden weiteren waren als Reisewochen gestaltet.

Den Auftakt bildete im September 2006 die vierte der insgesamt zwölf Kurswochen des siebten Führungskollegs. Sie führte die Teilnehmer nach Hannover, Kiel und Hamburg, mithin in drei der am FKS teilnehmenden Länder. Dies ermöglichte, den Wochenschwerpunkt Verwaltungsmodernisierung, Verwaltungsstrukturreform, Funktionalreform und Bürokratieabbau an konkreten Beispielen vor Ort zu studieren, dabei Fragen aus dem unmittelbaren oder zumindest mittelbaren Arbeitsumfeld einzelner Teilnehmer aufzugreifen, auch Interessen und Erfahrungen der aktuellen sowie ehemaliger Mitglieder des FKS bei der Programmgestaltung zu nutzen. So ist nicht zuletzt dem Einsatz von Ltd. MR Sylvia Hagemann, StK Niedersachsen und Mitglied des FKS II ein äußerst informatives Programm mit vielen Highlights in Niedersachsen zu verdanken. Auch die FKS-Teilnehmer aus den besuchten Ländern, - Dr. Jörg Baumgarte und Nikolas Lange (Niedersachsen), Karlheinz Müller (Schleswig-Holstein) und Katharina Dahrendorf (Hamburg) brachten wertvolle Anregungen und Kontakte ein und moderierten die Kurswoche.

Verbunden waren in dieser Kurswoche Gespräche mit hochrangigen Persönlichkeiten aus dem Bereich der Politik und intensive, auch länderübergreifende und vergleichende Auseinandersetzung mit fachlichen Themen aus dem Bereich der Verwaltungsreformen. Zu den Höhepunkten zählten sicherlich die Gespräche mit Ministerpräsident Christian Wulff, Finanzminister Hartmut Möllring (Abendessen mit Dinner Speech) und Wirtschaftsminister Walter Hirche in Niedersachsen sowie mit Innenminister Ralf Stegner in



MP Wulff, Frau Hagemann (StK Niedersachsen und FKS II), Herr Baumgarte (FKS VII)

Schleswig-Holstein. Neben der Gelegenheit, hochrangige Persönlichkeiten aus größerer Nähe zu erleben und fachlich-inhaltlichen Erkenntnissen boten diese Gespräche lehrreiche

Einblicke in Verlauf und Gestaltung von Verhandlungsprozessen etwa im Rahmen von Tarifverhandlungen, Föderalismusreform, Verwaltungsstrukturreformen.

Aber auch die weiteren Gespräche der dicht gestalteten Kurswoche brachten viele Informationen zu möglichen Inhalten und Formen von Reformen der Verwaltung wie zu Entscheidungsprozessen. So illustrierte Staatssekretär Wolfgang Meyerding, Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung (IM Niedersachsen), unterschiedliche Phasen und Ansätze sowie Prozesse der Verwaltungsmodernisierung; Ltd Ministerialrätin Sylvia Hagemann den Ansatz zu Deregulierung und Entbürokratisierung in Niedersachsen; Klaus Schlie, Staatssekretär für Verwaltungsmodernisierung im Finanzministerium Schleswig-Holstein Prozess und Ergebnis des jüngsten Ansatzes zu Aufgabenkritik und Bürokratieabbau in Schleswig-Holstein; Dr. Detlef Gottschalck, Staatsrat der Finanzbehörde, Bezirksverwaltungsreform und Bürokratieabbau in Hamburg. Sichtbar wurden hier unterschiedliche Ansätze, ihre möglichen Verbindungen, auch durchaus unterschiedliche Vorgehensweisen und Prozessverläufe. Berücksichtigt wurden ferner Perspektiven unterschiedlicher Akteure, neben Politik und Verwaltung auch der Kommunen und von Landesparlamenten auf Reformkonzeptionen, verbunden wieder mit Einblicken in Gestaltung und Verlauf von Reformprozessen. Ein deutlicher Schwerpunkt der Kurswoche lag zudem auf konkreten Ausprägungen veränderten Verwaltungshandelns – Bildung neuer Strukturen des öffentlichen Rechts, Handeln in Formen des privaten Rechts, Verstärkung von Kooperationen öffentlich-rechtlicher Institutionen untereinander wie der Zusammenarbeit mit Privaten: Die Einrichtung der Regierungsvertretungen in Niedersachsen, die mit Gesprächspartnern in Niedersachsen wie



Finanzminister Möllring, Frau Hagemann von der StK Niedersachsen, Frau Mecklenburg, FKS VII

Hamburg, wieder auch aus unterschiedlichen Perspektiven diskutierte Metropolregion Hamburg, Standortprofilierung wie Ostseekooperation bei der Errichtung eines Protonenzentrums in Kiel, die N-



Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hafencity Hamburg GmbH erläuterte vor Ort die Gestaltung der Hafencity

drucksvolle Beispiele. Nicht unberücksichtigt blieb schließlich die Frage von Wechselwirkungen zwischen fortschreitender Informatisierung und Strukturveränderungen der Verwaltung – auch hier ermöglichten Beiträge aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen Vergleiche inhaltlicher und organisatorischer Gestaltung und von Steuerungsansätzen.

Im Oktober 2006 trafen sich die Teilnehmer dann wieder in Speyer zur 5. Kurswoche mit dem Schwerpunkt Change Management. Diese Woche war gekennzeichnet durch praktische Übungen und Berichte aus der Praxis. So erfolgte etwa eine ganz-tägige Einführung in Change Management, verbunden mit praktischen Übungen durch Klaus Doppler. Die Praxisbeispiele berücksichtigten Behörden aus unterschiedlichen Ländern (Hessen und Rheinland-Pfalz). Sehr informativ waren dabei auch die Beiträge aus dem Ausland, konkret aus der österreichischen Finanzverwaltung und aus der Polizei- und Militärdirektion Bern. Ergänzend hinzu trat zur Stärkung der individuellen Führungsfähigkeiten die Besprechung des Führungsfeedbacks mit den einzelnen Teilnehmern durch Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Speyer. Auch diese Woche war durch



Führungsfeedback durch Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch (l.)

Bank Niedersachsen, organisatorische Auswirkungen der Hartz IV-Reform, die ebenso komplexen wie kostenintensiven Projekte Jade-Weser-Port (Niedersachsen) und Hafencity Hamburg bildeten hier ein-

großes Engagement von Teilnehmern gekennzeichnet. Neben der Moderation der Kurswoche durch Helmut Caspary, MWVLW Rheinland-

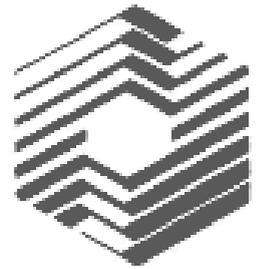
Pfalz, und Roland Rolles, Saarländisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit waren dies Berichte von Dr. Nicole Cujai zum Change Management in der Bundesagentur für Arbeit, ergänzt durch einen Bericht zum Change Management in einer Behörde aus der Perspektive der Betroffenen durch Günter Franz, Landesbetrieb Forsten Rheinland-Pfalz, und eine Einführung in das kollegiale Coaching durch Katharina Dahrendorf.

Die 6. Kurswoche, ebenfalls in Speyer, verband den anspruchsvollen Wochenschwerpunkt Haushalt und Finanzen mit dem Follow-Up-Seminar für alle derzeitigen und ehemaligen Teilnehmer des Führungskollegs. Vorgestellt wurde in den ersten drei Tagen insbesondere Ansätze zur betriebswirtschaftlichen Ausrichtung von Landesverwaltungen und zur Haushaltskonsolidierung, Wieder wurden unterschiedliche Wege der Neuausrichtung des Haushalts- und Rechnungswesens und des Einsatzes von Instrumenten sichtbar: die selektive Veränderung der Steuerung und Anwendung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten in Rheinland-Pfalz (Ministerialrat Dr. Ulrich Keilmann), der Einstieg in die neue Steuerung über Bilanzierung in Hamburg (Volker Wiedemann, Finanzbehörde Hamburg), der Primat der Haushaltssanierung in Berlin (Dr. Hans-Willi Weizen, Senatsverwaltung für Finanzen) waren Beispiele.

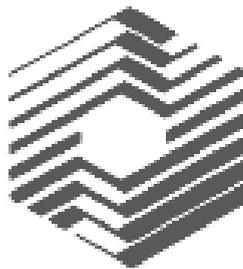
Das Follow-Up-Treffen aller Führungskollegs griff im Eröffnungsvortrag - Ak-

tuelle Entwicklung und Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Deutschland von Dr. Dieter Vesper, DIW – das Schwerpunktthema der Kurswoche auf, bevor am

Nachmittag einzelne aktuelle Veränderungen in Staat und Verwaltung betrachtet wurden. In Impulsreferaten und Arbeitsgruppen setzten sich die Teilnehmer mit den Themen „Föderalismusreform“, „Einfluss der demografischen Entwicklung auf das Personalmanage-



Impulsreferat von Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages zur Föderalismusreform



ment“ und „Leistungsorientierte Vergütung“ auseinander – eine Arbeitsform, die als sehr gelungen betrachtet wurde. Ein gemeinsames Abendessen aller Führungskollegs und des FKS-Arbeitskreises be-

schloss den ersten Tag des Follow-Up-Seminars und wurde

zum regen Austausch innerhalb der einzelnen Kurse, aber auch zur Vernetzung zwischen den Kursen genutzt. Der zweite Tag diente dann dazu, die Ar-

beitsergebnisse des Projekts der aktuellen Kollegiaten zur Fortentwicklung der Weiterbildung im Führungskolleg zu präsentieren und mit den ehemaligen Teilnehmern und Mitgliedern des Ständigen Arbeitskreises zu diskutieren.

Die 7. Kurswoche mit dem Schwerpunkt Personal fand dann im Februar 2007 in Dresden statt. Wieder wurden unter Einbeziehung der die Woche auch moderierenden sächsischen Teilnehmer, Dr. Erik Angel, Frank Leder und Jörg Schröder vor Ort relevante Themen aufgegriffen. So schilderte Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt Finanzsituation und Entwicklungsperspektiven für Sachsen,



Gruppenübung zum Umgang mit konflikt-haltigen Führungssituationen

mit unmittelbarer Wirkung auch auf den Personalbereich. Ministerialdirigent Peter Schell, SMI stellte dann die besonderen Bedingungen der Personalwirtschaft in schrumpfenden Organisationen vor. Weitere Beiträge der Kurswoche bezogen sich auf einen Überblick über aktuelle Probleme des Perso-



Präsentation der Projektergebnisse durch FKS-Teilnehmer Helmut Caspary und Roland Rolles

nalmanagements und der Personalentwicklung etwa der Bundesagentur für Arbeit (Beatrix Behrens, Bundesagentur für Arbeit) und in der Schweiz (Juan F. Gut, Direktor des Eidgenössischen Personalamtes in Bern).

Ergänzt wurde auch diese Woche durch einen Übungsbau-stein zur Fortentwicklung der persönlichen Führungsfähigkeiten, zum Umgang mit konflikt-haltigen Führungssituationen. Zu den fachlichen Höhepunkten zählte für viele die Begegnung mit Margaret Suckale, Personalvorstand der Deutschen Bahn AG, die in einem offenen Gespräch über Anforderungen an Führung und persönliche Führungser-



Vorbereitung zur Grubeneinfahrt

fahrungen berichtete. Nicht unerwähnt bleiben sollten ferner die „Einführung in die Sanierungsaufgabe Wismut und das Personalentwicklungskonzept der Wismut GmbH“, der mit einem Besuch der Wismut GmbH und einer Grubenbefahrung verbundene Beitrag von FKS-Teilnehmer Frank Leder. Trotz des gewohnt dichten Programms fand sich zudem noch Gelegenheit zu einer Führung durch das Grüne Gewölbe und einem Besuch der Semperoper, beide ebenfalls vermittelt durch die sächsischen FKS-Teilnehmer.

A. B.



Teilnehmer vor dem Grünen Gewölbe  
Fotos: DHV-Archiv

## Bürokratie-TÜV

### Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber Mitglied im Normenkontrollrat

Der Bundespräsident hat Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber, die Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der DHV Speyer, in den Nationalen Normenkontrollrat berufen. Zusammen mit den anderen sieben ebenfalls ehrenamtlich tätigen Mitgliedern dieses hochkarätig besetzten Expertengremiums unterstützt sie seit September 2006 die Bundesregierung beim Bürokratieabbau.

Mit Gisela Färber hat der Bundespräsident eine der ausgewiesenen ExpertInnen auf diesem Gebiet in die Kommission berufen. Ihre Expertise konnte Färber unter anderem bereits einbringen als Stellvertretende Vorsitzende der Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung sowie als Mitglied der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme („Rürup-Kommission“, 2002 - 2003), der Kommission „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder“ des Sächsischen Landtags (seit 2005), der Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ des Berliner Abgeordnetenhauses (2004 - 2005), der Kommission „Reform des Föderalismus“ des Bayerischen Landtags (1999 - 2002) sowie als Sozialbeirätin beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (seit 2000).

Schon seit vielen Jahren wird in Deutschland der Abbau von Bürokratie gefordert. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben jedoch gezeigt, dass eine auf Einzelmaßnahmen beschränkte Rechtsbereinigung dazu nicht ausreicht. Bisher gab es - anders als in anderen Staaten - in Deutschland keine systematischen Maßnahmen und Instrumente zur Erfassung und Beseitigung

übermäßiger Bürokratiekosten. Auch fehlte es an einer gesetzlich verankerten Einrichtung, die Gesetzentwürfe daraufhin überprüfen kann, ob sie den Grundsätzen einer standardisierten Bürokratiekostenmessung, wie sie in anderen europäischen Ländern in Form des Standardkostenmodells angewandt werden, genügen. Diesem Manko kam der Gesetzgeber im letzten Jahr durch die Schaffung des beim Bundeskanzleramt angesiedelten Nationalen Normenkontrollrates auf gesetzlicher Basis nach.



Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber  
Foto: M. Rinderspacher

Der Rat setzt sich aus anerkannten Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen. Die acht vom Bundespräsidenten ernannten Mitglieder des Normenkontrollrats überprüfen als unabhängiges Gremium Gesetzesentwürfe und bestehendes Recht und können

bei Bedarf auch Verbesserungsvorschläge vorlegen und Nachbesserungen fordern. Mit Hilfe des in mehreren europäischen Ländern anerkannten Standardkostenmodells soll so unnötige Bürokratie abgeschafft werden. Das Standardkostenmodell ist ein methodischer Ansatz, mit dem ein Ausschnitt bestehender bürokratischer Belastungen systematisch ermittelt werden kann. Gemessen werden Belastungen der Wirtschaft, der Bürger und der Verwaltung, die durch Informations- und Berichtspflichten entstehen. Dazu gehören z. B. Anträge, Formulare, Statistiken und Nachweise. Informationspflichten sind bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln. Ein Hauptziel des Rates soll es zunächst sein, die Bürokratielasten für Unternehmen zu reduzieren. Die Bundesregierung hat sich inzwischen auf das Ziel eines Abbaus von 25 % dieser Kosten bis 2011 festgelegt; diese Zielgröße hat die EU auch für die europäische Ebene vorgegeben.

## Palmes Académiques für Florence Gauzy

„Sie haben alles richtig gemacht“, lobte der französische Generalkonsul in Frankfurt, Henri Reynaud, Dr. Florence Gauzy, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch, am Nachmittag des 15. März 2007. An diesem Tag verlieh ihr der Generalkonsul im Namen des französischen Premierministers und im Rahmen einer kleinen Feierstunde an der Hochschule den 1808 von Napoleon für herausragende Leistungen im akademischen Bereich gestifteten Orden der Palmes Académiques. Seit 2002 arbeitet Florence Gauzy an der DHV Speyer, u. a. an gemeinsamen Seminaren und Kolloquien mit der französischen Ecole Nationale d' Administration oder der Sorbonne in Paris. Sie war Mitinitiatorin des deutsch-französi-

schenschen Doktorandenseminars zur europäischen Rechtsvergleichung. Mit ihren zahlreichen Publikationen zur Sicherheitspolitik Deutschlands und Frankreichs hat sie sich einen Namen weit über Speyer hinaus gemacht. Der Generalkonsul betonte, stets sei es Gauzy ein Anliegen gewesen, sowohl Deutschland als auch Frankreich nicht nur aus vergleichender Perspektive zu verstehen, sondern auch verständlich zu machen. Gauzy machte alle Mitarbeiter um sie herum an der DHV Speyer für diesen großen Erfolg verantwortlich. Ohne diese und das durch diese entstehende besondere Klima in Forschung und



Dr. Florence Gauzy (l.): Auszeichnung durch den Generalkonsul  
Foto: DHV

Lehre an der Hochschule wäre ein solcher Erfolg nicht denkbar gewesen.

## Bundesverdienstkreuz für Hendrik Fehr

Der seit 25 Jahren an der DHV Speyer tätige Lehrbeauftragte Professor Dr. Hendrik Fehr ist von Bundespräsident Horst Köhler mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Am 14. Dezember 2006 überreichte die rheinland-pfälzische Sozialministerin Malu Dreyer die Auszeichnung an den in Dannstadt-Schauernheim lebenden Betriebswirtschaftler, der hauptamtlich am Europäischen Rechnungshof in Luxemburg tätig ist. Diesem Arbeitsgebiet entstammen auch die Lehrveranstaltungen

von Prof. Fehr, der im Wintersemester 2006/2007 eine Arbeitsgemeinschaft zum Thema „EU-Haushalte und Kontrolle.

Dargestellt an ausgewählten Politikbereichen: Forschung, Verkehr, Energie, Umwelt“ veranstaltete und im Sommersemester 2007 eine Arbeitsgemeinschaft zum Thema „EU-Budget-System und Anwendung aus ausgewählten EU-Politik-Bereichen“ abhalten wird. Die Auszeichnung erfolgte in Anerkennung von Fehrs langjährigem Engagement für Hörschädigte.



Prof. Dr. Hendrik Fehr: Auszeichnung durch Malu Dreyer  
Foto: DHV-Archiv

## Personalialia (1. Oktober 2006 bis 31. März 2007)

### a) Einstellungen

- 01.10.06 Krücken, Georg, Priv.-Doz., Dr., Ernennung zum Universitäts-Professor, Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement
- 01.10.06 Magin, Christian, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp
- 23.10.06 Lange, Stefan, Dr., M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Krücken
- 23.10.06 Rechner-Ralle, Sabine, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Krücken
- 31.10.06 Kerner, Johannes, Dipl.-Kaufmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 01.11.06 Wittinger, Michaela, Priv.-Doz., Dr., bis zum 31.01.07 Vertretung des Lehrstuhls „Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Steuerrecht, Gestaltung wirtschaftlicher Beziehungen“

### b) Ausscheiden / Versetzung in den Ruhestand

- 31.10.06 Schilke, Oliver, Dipl.-Kaufmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 31.10.06 Smeddinck, Ulrich, Priv.-Doz., Dr., Gastprofessor
- 30.11.06 Sommer, Rainer, Oberamtsrat, Leiter des Referats Haushaltsvollzug, Drittmittel und Beschaffung
- 31.03.07 Gauzy, Florence, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. S. Fisch
- 31.03.07 Weber, Mike, Dipl.-Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Professorin Dr. Jansen
- 31.03.07 Hense, Regina, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Hill
- 31.03.07 Magiera, Siegfried, Universitäts-Professor Dr., Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht, Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europarecht

### c) Jubiläen

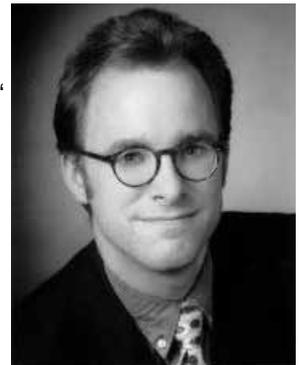
- 40 Jahre: Puhr, Marliese, Lehrstuhlsekretärin (01.12.06)  
Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera (18.12.06)
- 25 Jahre: Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann (08.02.07)  
Reis, Monika, Lehrstuhlsekretärin,  
(01.01.07)



40-jähriges Dienstjubiläum von Marliese Puhr (m.): Gratulation durch den Rektor und den Prorektor  
Foto: DHV

## Habilitation

DR. JÖRN VON LUCKE wurde am 22. Januar 2007 vom Senat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften die *Venia legendi* für „Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik“ erteilt. Die von Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner mann betreute und von Univ.-Professor Dr. Hermann Hill mitbegutachtete Habilitationsschrift von Luckes trägt den Titel „Hochleistungsportale für die öffentliche Verwaltung“. Titel der vor dem Senat abgelegten Probevorlesung war „Vom Kabinettsinformationssystem zur elektronischen Gesetzgebung“. Seine Antrittsvorlesung an der Hochschule wird im Sommersemester 2007 erfolgen.



PD Dr. Jörn von Lucke

## Promotionen im Wintersemester 2006/2007

KHAC ANH DANG, Personalentwicklung im öffentlichen Dienst durch Aus- und Fortbildung: Ein Beitrag zur Reform des öffentlichen Dienstes in Vietnam unter Berücksichtigung der deutschen Erfahrungen, Frankfurt am Main 2007. Gutachter: R. Pitschas/H. Klages

OLIVER MEINECKE, Rechtsprojekte in der Entwicklungszusammenarbeit. Theorie und Praxis am Beispiel von GTZ-Projekten zur Konsolidierung des Rechtsstaats in Südafrika und Sambia (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: K.-P. Sommermann/H. Siedentopf

JÖRG TÄNZER, Von der justizförmigen zur sozialen Betreuung - Chancen eines sozialrechtlichen Systemwandels des Betreuungswesens (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: R. Pitschas/D. Merten

FRANK RICHTER, NATO und EU: Eine strategische Partnerschaft mit Zukunft? (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: R. Fisch/J. Varwick

ALEXANDRA UNKELBACH, Rechtsschutz gegen Gremienentscheidungen und Entscheidungen mit Gremienbeteiligung. Gutachter: K.-P. Sommermann/D. Engels

STEPHAN KÜßNER, Organisationskonzepte für das Immobilien- und Liegenschaftsmanagement der Bundesländer (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: G. Färber/G. Schwarting

## Schriftenreihe der Hochschule Speyer (im Verlag Duncker & Humblot, Berlin)

180 MARTIN SCHURIG, Politikfinanzierung in Frankreich, Berlin 2006

## Speyerer Arbeitshefte

189 ULRICH SMEDDINCK (Hrsg.), Aspekte der deregulierten Hochschule - Ein Beispiel für Lehrforschung, Speyer 2007

190 MARION WESCHKA, Fundamental Issues of Human Rights Protection in the International and Constitutional Order

191 Waldemar Schreckenberger (Hrsg.): Recht, Staat und kulturelle Entwicklung

## Speyerer Vorträge

89 HANS-JÜRGEN PAPIER, Das Rechtsprechungsdreieck Karlsruhe - Luxemburg - Straßburg. Abendvortrag im Sommersemester 2006 verbunden mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Jürgen Papier, Speyer 2006

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]